

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**Markt-
versagen:
Gesundheits-
politik**

Seite 3



**Kopenhagener Gipfel:
EU-Osterweiterung als
hegemoniales Projekt**

Seite 5



**Italien:
26 Jahre
Gefängnis für
Ex-Premier
Andreotti**

Seite 8

**Wieso sträubt sich der
Freistaat? Auseinander-
setzung um NS-
Dokumentationszentrum
in München**

Seite 12

**Friedensmacht
Europa? Wel-
chen Beitrag
leistet der Euro-
päische Kon-
vent? Seite 18**



**ver.di:
Vorsichtige
Forderung,
beeindruckende
Aktionen**

Seite 16



IN BERLIN

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – **Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com**

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de **... und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60, Sozialabo: 46,80. Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

AKTUELL

ANZEIGE WG. ANGRIFFSKRIEG. Am heutigen Tag (16. Dezember) hat der außenpolitische Sprecher des PDS-Parteivorstandes, Wolfgang Gehrcke, gegen den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard Schröder, eine Strafanzeige wegen Verletzung des § 80 StGB „Vorbereitung eines Angriffskrieges“ im Zusammenhang mit der Einbeziehung deutschen Territoriums und der Beteiligung deutscher Soldaten an Militäreinsätzen in dem bevorstehenden Irak-Krieg erstattet.

Gerhard Schröder hat mehrfach öffentlich erklärt, den USA für die Vorbereitung und Durchführung eines Militärschlags gegen den Irak Überflugs-, Bewegungs- und Transportrechte zu gewähren und diesen damit mittelbar zu unterstützen. Darüber hinaus sollen auch AWACS-Flugzeuge bei Einsätzen im Kriegsfall mit deutschen Soldaten besetzt sein. Diese Unterstützung bei der Vorbereitung eines Krieges und nunmehr sogar die zugesagte direkte Beteiligung an Militäreinsätzen stellen nicht nur einen Verstoß gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot dar, sondern ist auch verfassungswidrig und strafbar. Art. 26 Abs. 1 GG und § 80 StGB stellen die Vorbereitung von Angriffskriegen mit Beteiligung Deutschlands unter Strafe.

Bei dem gegenwärtig von den USA gegen den Irak vorbereiteten Militärschlag handelt es sich um einen solchen Angriffskrieg, für den kein völkerrechtlicher Rechtfertigungsgrund vorliegt. (...) Auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat mit seiner Resolution 1441 keine militärischen Maßnahmen gegen den Irak beschlossen und darüber hinaus ist ein Grund für die Mandaturierung eines Militärschlags nach Kap. VII der Charta auch nicht gegeben. Damit bereiten die USA unzweifelhaft eine Aggression gegen den Irak vor.

Mit der Gewährung von Überflug-, Bewegungs- und Transportrecht beteiligt sich Deutschland selbst an der Vorbereitung dieses Krieges. (...) Wenn sich Bundeskanzler Schröder dabei auf Bündnisverpflichtungen wie den NATO-Vertrag, das NATO-Truppenstatut beruft, sind auch das keine Rechtfertigungsgründe für eine deutsche Kriegsbeteiligung. Die Anwendung von Waffengewalt ist im Rahmen der NATO nur zum Zweck der kollektiven Selbstverteidigung möglich. (...) ausführlich mit Klageschrift unter: www.pds-online.de

TARIFE: KIRCHE WILL AUSSCHEREN. Berlin/Hannover (epd). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat ein eigenes Tarifsystem für Mitarbeiter sozialer Einrichtungen gefordert. Das öffentliche Tarifsystem werde den „spezifischen Gegebenheiten sozialer Dienste“ nicht mehr gerecht, heißt es in einer am Freitag in Hannover veröffentlichten Studie der EKD-Kammer für soziale Ordnung. Ein neues Tarifsystem könne

dazu beitragen, freie Stellen in sozialen Einrichtungen zu besetzen.

Die EKD schlägt vor, die Löhne nicht länger an den Bildungsabschluss sowie an das Lebensalter zu koppeln. Stattdessen plädiert sie für eine Grundvergütung, die durch Leistungszulagen ergänzt wird. Mit den Prämien sollten Innovationsbereitschaft, Qualität, Tüchtigkeit und Einsatzbereitschaft honoriert werden. Zudem hält die EKD Zusatzentgelte für Hochqualifizierte und besonders gesuchte Mitarbeiter für sinnvoll. Die Koppelung an das Lebensalter solle „generell zur Disposition gestellt werden“. Darüber hinaus muss der EKD zufolge der Wettbewerb unter den Anbietern von „Humandienstleistungen“ freier gestaltet werden. Es gehe darum, Qualitätsstandards durchzusetzen. Diese Standards müssten nach festen Kriterien definiert, erstellt, umgesetzt und kontrolliert werden. Daher sei es wichtig, Finanzierung und Angebot sozialer Dienste zu trennen, so die Studie. Kommunen, Bezirksregierungen oder Landschaftsverbände könnten nicht zugleich Kriterien aufstellen, fördern, prüfen und als Wettbewerber auftreten.

Eine klare Ausnahme macht die EKD allerdings bei der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie sei über den Wettbewerb nicht zu steuern und bleibe Auftrag des öffentlichen Sektors. Auch die Kirchen hätten hier als Körperschaften des öffentlichen Rechts eine besondere Rolle.

RIEFENSTAHL-AUSSTELLUNG. Köln (epd). Eine Bonner Ausstellung über die ehemalige NS-Regisseurin Leni Riefenstahl sorgt bei den Roma sowie kritischen Intellektuellen für Unmut. In einem am Donnerstag in Köln verbreiteten Offenen Brief an Kulturstaatsministerin Christina Weiss kritisieren sie vor allem, dass die Eröffnungsrede am Abend von Hilmar Hoffmann gehalten werden sollte. Hoffmann betreibe offensiv eine „Neubewertung“ der Riefenstahl, die in der NS-Zeit mehrere Propagandafilme gestaltete.

Zu den Unterzeichnern des Briefes gehören neben dem Kölner Rom e.V. unter anderen die Schriftsteller Ralph Giordano und Günter Wallraff. Sie rügten, dass dem Bundeskanzleramt direkt unterstellt Haus der Geschichte in Bonn stelle sich „wissenschaftlich als Forum zur Verfügung, um die politische Rehabilitation der Riefenstahl einzuleiten“. Hoffmann, ehemaliger Leiter des Goethe-Instituts, preise Riefenstahl als „cineastisches Genie“, das von den Nazis lediglich missbraucht worden sei. (s.a. Seite 13)

In eigener Sache:

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte, Nr. 1-2/2003, erscheint in vier Wochen, am 15. Januar. Wir danken unseren Leserinnen und Lesern für die Beteiligung an der Zeitschrift durch Artikel, Abos und Spenden im Jahr 2002 und wünschen zum Neuen Jahr alles Gute.

Marktversagen: **Gesundheits- politik**

Die matte Konjunktur schwächt die Staatsfinanzen. Die öffentliche Hand, unter Kostendruck, sucht den Ausweg: Lohnsenkung, Haushaltssperren, Rationalisierung. Die parlamentarische Opposition sieht die Chance, mit dem Ruf nach marktwirtschaftlicher Organisation öffentlicher oder öffentlich garantierter Leistungen zu punkten. Wenn zum Jahresbeginn die Krankenkassenbeiträge steigen, rechnet man mit offenen Ohren von Millionen. Das marktwirtschaftliche System unterstellt eine Situation, in der die Wirtschaftssubjekte das Geld und die Wahlfreiheit haben. Das ist die Kraft, auf die z.B. die Union setzt. Die Kaufkraft des Publikums ist eine starke Kraft. Die Freiheit, dies zu kaufen und das nicht, gilt als feste Grundlage freier Lebensgestaltung. Es sind schon mächtige Mittel, die von der CSU unter dem Schlachtruf „Selbstbeteiligung“ zur Besserung des Gesundheitswesens empfohlen werden. Aber sind sie auch zweckdienlich?

Seehofer setzt auf Markt

Seehofers Ansatz, die Marktkräfte als strukturierende Kraft ins Spiel zu bringen, verkennt den ökonomischen Charakter der Beziehung, um die es im Gesundheitswesen geht. Das Preisbildungs- system für Marktgüter setzt ideal die Wahlfreiheit der Nachfrager voraus. Diese Wahlfreiheit besteht hier aber nicht. Hier geht es nicht darum, dass ein Kunde (oder der Markt) von einem Gut kauft.

Dokumentiert

Horst Seehofer MdB Berlin, 13.12.2002

Die Zukunft der Kranken- und Rentenversicherung

(...)

Der rot-grüne Irrweg mit der Steuerung aller Lebenssachverhalte durch den Staat ist gründlich gescheitert. Seine Fortsetzung würde in absehbarer Zeit den durchschnittlichen Krankenversicherungsbeitrag auf über 15% und den Rentenversicherungsbeitrag auf über 20% steigen lassen.

Es ist höchste Zeit, dass diese konfuse und inkompetente Politik beendet wird.

und inkompetente Politik beendet wird. Die CSU setzt bei der Modernisierung der Sozialversicherung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie auch im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2002 niedergelegt sind: menschliche Zuwendung statt Bürokratismus, Selbstbestimmung statt Staatsmedizin, Therapiefreiheit statt Listenmedizin, Wettbewerb statt Einheitsversorgung, Transparenz statt Dunkelkam-

in der Reihe Hunger, Sättigung, Überdruss, bis er genug hat oder der Markt leer ist oder dem Nachfragenden das Geld ausgeht. Hier geht es auch nicht darum, dass ein Geldbesitzer in die Reihe der Welt der Waren schaut, was ihm für sein Geld am meisten bringt.

Hier geht es darum, dass ein Mensch an einer Störung des Befindens leidet, die gerade nicht dadurch, dass man sich was kauft und konsumiert, behoben werden kann, sondern nur dadurch, dass die Störung des Lebensprozesses durch fachkundige Hilfeleistung aufgehoben oder wenigstens gelindert wird. Für das Verständnis dieses Prozesses wichtig ist, dass der Leistungsnehmer die Qualität der Leistung nicht vorab ermitteln kann, sondern im Prozess selbst erfährt, und zwar an sich selbst. Was hier organisiert wird, ist der Sache nach nicht ein Austauschprozess und Marktgeschehen, sondern ein Arbeitsprozess, der durch Wissen, Technik, Kunstfertigkeit zusammengehalten wird. Diese Charakteristik der gesundheitlichen Dienstleistung wird dadurch noch prägender, dass bei einer Behandlung Arzt und Patient zusammenwirken müssen, am Ende ist es ja, wie oft gesagt, der Patient, der gesund werden muss. Einen kooperativen, technischen oder künstlerischen Prozess kann man sich als Austausch nicht gut denken. Wenn z.B. im Sinfonieorchester die Streicher auf den Einsatz der Bläser warten, handelt es sich nicht um einen Naturaltausch dieses Tones gegen jenen. Die Akteure sind dadurch verbunden, dass sie zwar verschiedenes tun, aber im selben Sinn.

Leistung erhält, sondern dass der Sinn

mer. Nur mit diesem deutlichen Paradigmenwechsel kann ein wirksamer sozialer Schutz in leistungsstarken und finanziierbaren Versicherungssystemen gewährleistet werden. (...)

11

Ziel unserer *Gesundheitspolitik* bleibt eine hochwertige und humane Versorgung, die allen Menschen ohne Ansehen des Alters oder der finanziellen Leistungsfähigkeit zugute kommt.

Um dies dauerhaft zu gewährleisten, müssen Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen optimiert werden. Nur mit Rationalisierung lassen sich die Probleme aber nicht lösen. Notwendig ist deshalb eine Gesamtkonzeption, die verhindert, dass Rationalisierung in eine unsoziale Rationierung von Gesundheitsleistungen abgleitet.

Die Bausteine für eine Erneuerung der Krankenversicherung:

1. Die Verbesserung und der Ausbau von *Prävention und Gesundheitsförderung* ist eine unerlässliche Voraussetzung.

der Behandlung erreicht wird.

Es ist eine offensichtliche Fehlsteuerung, wenn Patienten, wie es marktwirtschaftlich sinnvoll wäre, für ihr Geld möglichst viele Arztbesuche, Behandlungen usw. Krankenhausliegezeiten herauszuschlagen wollten. Es kommt selbstverständlich vor, aber es ist die falsche Logik.

Es wäre eine Fehlsteuerung, wenn sich während der Behandlung Arzt und Patient betrachteten etwa wie sich der Kunde eines Wochenmarktes und die Anbieter betrachten. Vielmehr ist klar, dass sich beide auf die zielführende Diagnose und Behandlung des Schadens konzentrieren müssen, gerade unter ökonomischen Gesichtspunkten.

Wenn also die Union versucht, diese große und wachsende Abteilung der Volkswirtschaft durch Einmischung von Elementen marktwirtschaftlicher Preisbildung neu zu strukturieren, ist vorhersehbar, dass die Sache teuer wird und nicht besser. Allerdings wird im Gesundheitswesen viel, viel Geld umgesetzt. Es ist ein großer Sektor der Volkswirtschaft, der einen wachsenden Teil der gesellschaftlichen Leistungskraft absorbiert. Die Frage nach der Preisbildung im Gesundheitswesen steht unabweisbar auf der Tagesordnung, gerade weil die gängigen Marktmechanismen die Preisbildung nicht leisten.

Qualitätssicherung und -verbesserung – aber wie?

In der letzten Legislaturperiode hat die Bundesregierung eine große Untersuchung zur Situation im Gesundheitswesen gestartet, deren Ergebnis, rau zusammengefasst, gewesen ist, dass im Gesundheitswesen Unterversorgung, Überversorgung und Fehlversorgung nebeneinander bestünden und dass die Berei-

zung, um die Zunahme der großen Volkskrankheiten einzugrenzen, die Lebensqualität und Gesundheit der Bevölkerung zu steigern und letztlich auch die Ausgaben im Gesundheitsbereich zu senken. Wer daher vorsorgt und regelmäßig an ärztlichen Maßnahmen teilnimmt, wird bei den Kassenbeiträgen bzw. bei der Selbstbeteiligung entlastet (Bonus-System).

2. Die überbordende *Bürokratie*, die Ärzte, Pflegepersonal und Patienten belastet, wird radikal abgebaut. Das gilt für die Verwaltungskosten der Krankenkassen (+15% in vier Jahren) ebenso wie für den immensen Verwaltungsaufwand, der durch staatliche Vorschriften ausgelöst wird. Die komplizierte und bürokratische Ausgestaltung der Fallpauschalen in den Krankenhäusern und der Chronikerprogramme sind jüngste Beispiele eines Regelungswahns. Hier ist dringend eine Vereinfachung und Überarbeitung angezeigt.

3. Die Patienten müssen über die Qualität der medizinischen Versorgung ver-

nigung dieser Fehlentwicklungen zu einer insgesamt akzeptablen Kostenbelastung führen würde. Dieser Ansatz ist vertretbar, wenn man davon ausgeht, dass der Arbeitsmarktmechanismus das Lohn- und Einkommensniveau der Menschen im Gesundheitswesen letztlich mit regelt. In diesem Fall geht es nur noch darum, den Mitteleinsatz ins Verhältnis zum Effekt zu setzen. „Nur noch“ ist in diesem Zusammenhang freilich ein großes Wort.

Ausgehend von der Kritik der Autorität, die mit der 68er-Bewegung gesellschaftlich breit einsetzt, geriet in den letzten Jahrzehnten das Arzt-Patienten-Verhältnis ins Visier. Es wurde herausgearbeitet, dass Heilungs- und Gesundungsprozesse glücklicher verlaufen, wenn der Patient nicht wie ein unvernünftiges Tier oder gleich gar wie eine tote Sache behandelt wird. Stattdessen hat man erkannt, dass die Behandlung besser in eine diskursive Situation zwischen Leistungserbringer und Leistungsnehmer eingebettet wird. Das ist eine große Veränderung und ein breiter gesellschaftlicher Prozess, der schon deswegen nur langsam vor sich geht. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, dass der „Halbgott in Weiß“ nicht mehr die Idealfigur darstellt, an der allein sich Arzt und Patient ausrichten. Es hat sich viel geändert. Aber dabei wird auch klar, dass allein unter den Vorzeichen der Neugestaltung der Beziehung von Arzt und Patient das ganze problematische Verhältnis sich nicht erschließt.

Weil der Patient nur bedingt in der Lage ist, die Qualität der erhaltenen Behandlung zu beurteilen (denn dazu wäre ein Vergleich nötig, und wir wollen niemandem wünschen, dass er die Qualität der verschiedensten Behandlungsmöglichkeiten durch eigene Erfahrung ver-

ständlich und umfassend unterrichtet werden. Über die erbrachten Leistungen und deren Abrechnung soll den Versicherten eine Patientenquittung ausgestellt werden (*Transparenz*). Ferner soll eine Wahlmöglichkeit zwischen Sachleistungs- und Kostenerstattungsprinzip geschaffen werden.

Mit einer intelligenten *Krankenversicherungskarte* werden unnötige Doppelleistungen vermieden.

4. Die freie Arzt- und Krankenhauswahl wird erhalten. Das Ziel der Reform ist es, den Versicherten mehr Entscheidungsfreiheit bei den Versicherungskonditionen zu ermöglichen. Anstatt des gelgenden Versicherungsangebots können sie wählen zwischen einem größeren Leistungsumfang mit höherer Eigenbeteiligung oder einem geringeren Kassenbeitrag mit Selbstbehalt.

5. Mehr Wettbewerb und Flexibilität im zu starren Vertragssystem zwischen Krankenkasse und Leistungserbringern werden helfen, die strukturellen Defizite des Gesundheitswesens zu beseitigen, die



Richtung immer wieder Vorstöße unternehmen. Wenn man aber auch die Funktion der Krankenkassen anschaut, erklärt sich, dass sie doch nicht die richtige Adresse sind. Krankenkassen haben als Versicherung die Funktion, prinzipiell unkalkulierbare individuelle Bedarfsrisiken in kollektive und damit berechenbare Risiken zu verwandeln. Die Krankenkasse hat mit der Frage der Qualität der ärztlichen Leistung zu tun wie die Brandversicherung mit dem Wiederaufbau des Hauses. Sie bezahlt die Kosten. Allerdings sehen die Krankenkassen, welche gesellschaftlichen Bedingungen

riskant sind. Sie könnten z.B. vor Fabrikarbeit, besonders im Schichtsystem warnen, ähnlich wie die Feuerschutzversicherung auf vorbeugende Brandsicherung drängt. Aber letztlich ist die sachgemäße Verwaltung einer Versicherung eine völlig andere konkrete Tätigkeit als die wissenschaftliche Untersuchung der Qualität von medizinischen Behandlungen.

In dem Wirrwarr der Gestaltungsvorstellungen, denen das Gesundheitswesen ausgesetzt ist, wären danach vor allem jene Entwicklungen zukunftsträchtig, bei denen die am Gesundheitswesen Beteiligten Institutionen zur Qualitätssicherung schaffen. Dabei ist es wahrscheinlich ziemlich wichtig, die fachwissenschaftliche Aufgabe der Qualitätsermittlung in einen Diskurs einzubringen mit der ärztlichen Fachwelt, aber auch mit der Öffentlichkeit. Sofort stellt sich die

gleichen könnte oder dass er Medizin studieren müsste, um sich seines Arztes sicher sein zu können). Das betrifft vor allem die Patientenseite. Aber auch auf der ärztlichen Seite stellt sich heraus, dass die Wissenschaft von der Wirksamkeit der Behandlungsmethoden eine andere ist, als die von der Behandlung des einzelnen Patienten. Die Qualität der gesundheitsdienlichen Leistung kann befriedigend weder durch den behandelten Patienten noch durch den behandelnden Arzt beurteilt werden (es gibt selbstverständlich krasse Fälle).

Die Krankenkassen können diese Rolle nicht übernehmen

Es wäre naheliegend, den Krankenkassen die Aufgabe der Qualitätskontrolle zuzumuten. Bei ihnen laufen ja schließlich die Informationen zusammen. Und es ist auch so, dass die Kassen in dieser

Qualität der medizinischen Versorgung zu verbessern und die Wirtschaftlichkeit der medizinischen Versorgung zu erhöhen. Die dazu erforderlichen Voraussetzungen werden wir im Organisations-, Vertrags- und Leistungsrecht geschaffen. Alle Budgetierungen können dann abgeschafft werden. Damit wird auch die Freiberuflichkeit niedergelassener Ärzte mit Diagnose- und Therapiefreiheit gestärkt.

6. In den Familien, den Kirchen, den freigemeinnützigen Wohlfahrtsverbänden und den Selbsthilfegruppen wird auf dem Feld der sozialen Dienste hervorragende Arbeit geleistet. Der Einsatz der dort tätigen Menschen muss künftig stärker unterstützt werden. Zur Verbesserung der Versorgung von Pflegebedürftigen und Kranken werden wir schrittweise den *Ärzte- und Pflegekräftemangel* im Krankenhaus und im Pflegeheim abbauen.

7. Die Selbstverwaltung muss demokratisiert werden. Die maßgeblichen *Selbsthilfegruppen* chronisch Kranker

müssen Mitwirkungsmöglichkeiten in den Selbstverwaltungsgremien der Krankenkassen erhalten. Nur so ist gewährleistet, dass die Bedürfnisse und Sorgen jener Menschen ausreichend Beachtung finden, die regelmäßig auf medizinische Versorgung angewiesen sind.

8. Der bundesweite Risikostrukturausgleich zwischen den gesetzlichen Krankenkassen muss auch künftig unterschiedliche Risikofaktoren und damit unterschiedliche Einnahmen der Kassen ausgleichen.

Der Risikostrukturausgleich muss gerechter, einfacher und transparenter ausgestaltet werden und einen fairen Wettbewerb zwischen den Kassen fördern. Sparsames Wirtschaften der einzelnen Kassen muss sich künftig stärker lohnen als bisher.

9. Angesichts der riesigen Herausforderungen werden auf Dauer alle Sparbemühungen nicht ausreichen, um die finanzielle Balance der Krankenversicherung zu erhalten. Eine weitere Steigerung oder eine willkürliche Festsetzung (z.B.

Frage der allgemeinen Vorbildung, und es ist gut möglich, dass in dieser Richtung auch bei den Lehrplänen der Schulen etwas geschehen könnte.

Markt klappt nur bei Wahlfreiheit

Die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente hingegen ist mit äußerster Vorsicht zu genießen. Sie ist nur (in dem allerdings großen und wachsenden Sektor) sinnvoll, wo von Seiten der Nachfrager Wahlfreiheit besteht, d.h. sobald ein Verzicht auf diese Leistung nicht durch Verschlechterung des gesundheitlichen Befindens erkauft wird, wo es also letzten Endes nicht mehr hauptsächlich um die Widerherstellung der Gesundheit geht, sondern um den als angenehm empfundenen Konsum einer Dienstleistung, die irgendwie gesundheitsförderlich oder wenigstens nicht schädlich sein mag.

Wenn die Unionsparteien mit ihrem Ansatz durchkommen, die Kosten- und Leistungsprobleme im Gesundheitswesen durch dessen marktförmige Organisierung anzugehen, muss klar sein, dass dies nicht ökonomisch vertretbar ist. Es wird vielmehr eine sachfremde Zusatzarbeit erzeugt, die selbst Kosten macht und keine Wege zum effektiven Mitteneinsatz zeigen kann. Andererseits zeigt die Positionierung der CSU aber auch, dass sie sich als große Partei dem Diskussionsprozess der breiteren Öffentlichkeit nicht entziehen kann. Sie verpackt den von ihr selbst so genannten „Paradigmenwechsel“ in Richtung marktwirtschaftliche Organisation in eine Reihe von Zugeständnissen ans Publikum. Ihr Ansatz bleibt aber perspektivlos, weil sie ein Problem, das im Kategoriensystem von wissenschaftlicher Untersuchung und Verständigung sich stellt, durch die Nachfragemacht der Geldbesitzern lösen will. *maf*

das Abschmelzen der Rentenreserve) der Lohnnebenkosten verbietet sich ebenso, wie eine drastische Kürzung des Leistungskatalogs. Die Probleme der Krankenversicherung würden dadurch eher noch verstärkt und die Zwei-Klassen-Medizin verfestigt.

Notwendige medizinische Leistungen und Spitzenmedizin müssen auch mit Selbstbeteiligung allen zugänglich bleiben. In diesem Zusammenhang sind Schutzklauseln für Kinder, chronisch Kranke und Einkommensschwache unabdingbar.

10. (...)

11. Die Verschiebebahnhöfe zur Entlastung des Bundeshaushalts unter gleichzeitiger Belastung der Krankenversicherung müssen beendet werden. Langfristig ist es vielmehr erforderlich, die in der Krankenversicherung angesiedelten versicherungsfremden Leistungen nicht mit Beitrags-, sondern über Steuermittel zu finanzieren.

Kopenhagener Gipfel

EU-Osterweiterung als hegemoniales Projekt

Beim Gipfeltreffen in Kopenhagen hat die Europäische Union die Erweiterungsverhandlungen mit zehn Staaten abgeschlossen. Zum 1. Mai 2004 treten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Malta, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern der EU bei, sofern der Beitrittsvertrag in den alten 15 und den neuen 10 Staaten ratifiziert wird. Die Zahl der Mitgliedstaaten steigt damit auf 25, die Bevölkerung wächst um 75 auf ca. 451 Mio. Der Beitritt Rumäniens und Bulga-

trachtung zeigt sich ein etwas anderes Bild. Während mehr als die Hälfte der EU-Subventionen erst lange Zeit nach deren Beschluss fließt und die tatsächlichen Auszahlungen entsprechend unter dem genannten Finanzrahmen liegen werden, zahlen die zehn neuen Mitglieder von Anfang an bereits ihre vollen Beiträge in den EU-Haushalt. Netto werden aus den Struktur-, Regional- und Landwirtschaftsfonds der EU in den ersten



Anfang Dezember protestierten Bauern vor dem Landwirtschaftsministerium in Prag gegen die Diskriminierung. Bild aus: *jungeWelt*

riens, mit denen seit 1999 ebenfalls verhandelt wird, wurde auf voraussichtlich 2007 verschoben. Über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wollen die Regierungen der Mitgliedstaaten erst im Dezember 2004 entscheiden.

Mitglieder zweiter Klasse

Noch im Oktober hatten die zehn Beitrittskandidaten versucht, ihre Europapolitik zu koordinieren und so zu verhindern, dass sich ihre Lage nach dem Beitritt womöglich verschlechtern und sie auf lange Zeit zu Mitgliedern zweiter Klasse degradiert sind. In einer Erklärung mahnten sie, dass das Solidaritätsprinzip, in dem sie einen Grundpfeiler der EU sehen, auch ihnen gegenüber respektiert werden müsse.¹ Dem Versuch war jedoch wenig Erfolg beschieden.

Auf den ersten Blick mag es so scheinen, als hätte der EU-Gipfel einen gewaltigen Mittelfluss aus den alten in die neuen Mitgliedsländer beschlossen. Der Finanzrahmen für 2004 bis 2006 wurden nach einigen „Nachbesserungen“ auf 40,8 Mrd. Euro festgelegt. Bei näherer Be-

drei Jahren deshalb nicht fast 41, sondern nur gut 12 Mrd. Euro an die Beitrittsländer ausgezahlt werden.² Nicht viel angehts der Tatsache, dass der Abstand der Beitrittsländer zur heutigen EU gewaltig ist und das Bruttoinlandsprodukt über 60% unter dem im EU-Durchschnitt liegt. Um zu ermessen, wie gering der Beitrag ist, eine Vergleichszahl: In der BRD flossen seit 1991 rund 50 Mrd. Euro aus der Bundeskasse in die neuen Bundesländer, ohne den wirtschaftlichen und sozialen Niedergang zu bremsen.

In einem wichtigen Bereich, auf dem Arbeitsmarkt, war die Diskriminierung der Beitrittsländer schon vor dem Gipfel beschlossene Sache: Während der Kapital- und Warenverkehr durch keine Hemmnisse beeinträchtigt wird, wird die Freizügigkeit der Lohnabhängigen aus den neuen Ländern durch verschiedene Regelungen bis zu sieben Jahre einseitig eingeschränkt. Das hatten insbesondere die BRD und Österreich durchgesetzt.

In Bereich der Agrarpolitik, dem einzigen übrigens, der wirklich europäisch, d.h. gemeinschaftlich gestaltet wird und



in den zur Zeit noch fast jeder zweite Euro aus dem EU-Haushalt fließt, haben die osteuropäischen Länder, vor allem Polen und die Tschechische Republik, bis zum Schluss gekämpft, ehe sie sich geschlagen geben mussten: Die Landwirtschaft der Beitrittsländer wird in das System der landwirtschaftlichen Direktzahlungen nur teilweise integriert. Während sie sofort mit ihrem Beitritt die Einzahlungen an die EU-Kasse in voller Höhe leisten müssen, werden an die Rückflüsse andere Maßstäbe angelegt: Die Bauern in den Beitrittsländern erhalten in den ersten drei Jahren nur 25, 30 und 35% des in der EU üblichen Niveaus. Der langanhaltende Widerstand hat zwar erreicht, dass die Regierungen auf 55, 60 bzw. 65% aufstocken können, wobei sie das aber bis zu 40% durch die Umwidmung des Fonds „Ländliche Entwicklung“, darüber hinaus aus dem eigenen Haushalt bezahlen müssten. Erst bis 2013 soll die Angleichung erfolgen.³

In Bezug auf Niveau und Struktur der Agrarwirtschaft klaffen zwischen den bisherigen und den neuen Mitgliedstaaten dramatische Unterschiede. In Polen z.B. arbeiten 27% der Beschäftigten in der Landwirtschaft (EU: 5%, BRD: 2,5%), der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt beträgt ca. 5% gegenüber 1,7% in der EU und unter 1% in der BRD. Doch trotz der überdurchschnittlichen Bedeutung

des landwirtschaftlichen Sektors wurden in den letzten Jahren gerade die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer – mit Ausnahme von Ungarn, aber auch hier verschlechtert sich die Agrarhandelsbilanz rasant – zu Netto-Agrarimporteuren. Die im Zuge des Beitrittsprozesses erzwungene Liberalisierung ermöglichte der EU-Landwirtschaft, die Produktivitätsvorteile auszunutzen und die Märkte im Osten zu erobern. Zu Recht befürchten die Bauern dort, dass bei radikaler Anpassung an den EU-Markt die Diskriminierung bei den Beihilfen die Konkurrenzvorteile für die hoch subventionierte Landwirtschaft in Westeuropa noch vergrößert. Die Vernichtung der meisten Klein- und Kleinstbetriebe und die massenhafte Freisetzung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften sind absehbare Folge dieses Kurses.

Hätte ein anderer Kurs das verhindern können? Hans Modrow z.B., PDS-Europaparlamentsmitglied, hatte während des Beitrittsprozesses nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Förderung

genossenschaftlicher Produktionsfirmen in der Landwirtschaft im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) dazu beitragen könnte, das Überleben vieler landwirtschaftlicher Produzenten im Osten zu sichern. Aber das war nie das Ziel der Verhandlungen.

Hierarchisierung des Wirtschaftsraums

Der sogenannte Transformationsprozess war und ist für die Länder in Mittelost-europa eine regelrechte „Rosskur“, die Anpassung an die Marktwirtschaft begleitet von einem rapiden Abbau der sozialen Standards, einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, der Verarmung großer Bevölkerungsschichten, immer noch wachsender Massenarbeitslosigkeit infolge der Deindustrialisierung ganzer Regionen.

Der EU-Beitritt wird den Prozess der Deindustrialisierung ganzer Regionen nicht aufhalten. Zwar ist im Zuge der Transformation im Allgemeinen und des EU-Beitrittsprozesses im Besonderes ausländisches Kapital nach Mitteloste-



Zehntausend demonstrierten am 13.12. in Kopenhagen gegen den EU-Gipfel. Auch am Tag darauf kam es zu Demonstrationen.

uropa geflossen, und zwar in einem Umfang, der für die betroffenen Wirtschaften gravierend ist. Wie gravierend, zeigt ein Vergleich: Während der Anteil von Auslandsinvestitionen am Weltbruttoinlandsprodukt 8% beträgt, liegt er in Ungarn bei 38%, in der Tschechischen Republik bei 24% und in Polen und Slowenien jeweils bei 15%. Besonders hoch ist der Anteil ausländischen, insbesondere europäischen Kapitals in der Automobilindustrie: in der Tschechischen und Slowakischen Republik über 60%, in Ungarn und Slowenien über 80%.⁴

Aber das bedeutet nur, dass die mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer als eine Art verlängerte Werkbank dienen – der Lohnabstand z.B. zwischen Ostdeutschland und Westpolen beträgt 3:1. In der Tschechischen Republik etwa fließt seit Jahren fast die Hälfte aller Auslandsinvestitionen nach Prag, während viele Regionen infolge der Vernichtung der alten Schwerindustrie und infolge der Zurückdrängung vormals bedeutender Zweige der verarbeitenden Industrie

veröden.⁵ Bei einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von offiziell 8,6% im Juli (9,4% im August) liegen die Zahlen in einigen Regionen bei deutlich über 20%.⁶ Ähnlich in Polen: Hier existiert ein schroffes Gefälle zwischen Warschau, wo die Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig ist, und Ostpolen, wo große Teile der Bevölkerung offiziell oder auch latent arbeitslos sind.⁷

Aufgabe einer auf Entwicklung und Integration bedachten Erweiterung wäre es, gezielt und mit kräftigen Maßnahmen die strukturell benachteiligten Regionen zu fördern. Angesichts dieser großen Aufgabe ist der Finanzrahmen lächerlich gering. Im nächsten Jahr werden Verhandlungen über eine Reform der bisherigen EU-Strukturpolitik aufgenommen. Hier bahnen sich große Interessenkonflikte an. Infolge der Osterweiterung sinkt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der EU auf längere Zeit deutlich. Nach den bisherigen Fördergrundsätzen werden jene Regionen als Ziel-1-Gebiet mit größtem Förderanspruch eingestuft, wo das BIP pro Kopf der Bevölkerung weniger als 75% des EU-Durchschnitts beträgt. Bei unveränderten Fördergrundsätzen würde etwa die Hälfte der Regionen der EU vom Ziel-1-Gebiet zum Ziel-2-Gebiet zurückgestuft werden, nicht, weil sie reicher geworden wären, sondern weil sie sich unversehens über der 75%-Marke befänden. Hier ist die Linke in der erweiterten EU sehr deutlich herausgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, wie das Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse ohne Einbrüche unter den konkreten Bedingungen erreicht werden kann.

Auf das Gegenteil, die Vertiefung der Zwei-Klassen-Gesellschaft, laufen die Vorstellungen der Konzerne heraus. Die Financial Times Deutschland veröffentlichte vor dem Gipfel einen Artikel, wonach sich maßgebliche „Wirtschaftsexperten“ grundsätzlich dagegen aussprechen, dass „der zweitgrößte Posten ... in die Brüsseler Umverteilungsmaschinerie (fließt), über die die ärmeren Regionen innerhalb der Mitgliedsstaaten unterstützt werden.“ Das entspreche den Prioritäten der 50er Jahre. Stattdessen solle die EU in „Zukunftsauflagen“ wie die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, den Kampf gegen organisiertes Verbrechen und die Sicherung der EU-Außengrenzen in Osteuropa investieren sowie vor allem in Bildung, Forschung und technologische Entwicklung.⁸

Kein Beitrittsdatum für die Türkei

In der letzten Ausgabe der PB wurde in einem Artikel über die Türkei die Auffassung vertreten, dass die Festlegung auf ein EU-Beitrittsdatum die Auseinandersetzungen in der Türkei um Demokratie, Frieden und wirtschaftliche Entwicklung befördern könnte. Der EU-Gipfel hat nicht einmal ein Datum für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen genannt, bestenfalls ein Datum zum Da-

tum. Nicht zuletzt ist das auf die Widerstände aus Deutschland, vor allem aus dem christlich-konservativen Lager zurückzuführen.

Der BDI hatte kurz vor dem EU-Gipfel ein Positionspapier „Fünf gute Gründe für eine klare europäische Perspektive der Türkei“ vorgelegt. Die Gründe knapp zusammengefasst lauten: Die Wirtschaft der Türkei ist jetzt schon stark auf die EU ausgerichtet; die Beitrittsperspektive fördert den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen insbesondere Deutschlands mit der Türkei (rund 40% der ausländischen Direktinvestitionen stammen aus der BRD); die Türkei sei ein strategischer Partner in den Regionen des Nahen und Mittleren Ostens sowie in Zentralasien; sie kann zu einem Wachstumsmotor für die gesamte EU werden.⁹ Der BDI verlangt vor allem die „zügige Einbindung der Türkei in den Binnenmarkt“ und von der Türkei die Umsetzung der von EU, IWF und OECD verlangten Wirtschaftsreformen, insbesondere die beschleunigte Privatisierung.

Darüber dürfte mit den Gegnern des türkischen EU-Beitritts kein Streit bestehen. Die bestreiten, dass die Türkei dazu der EU beitreten müsse, also mitreden, mitentscheiden und ihr Gewicht als dann zweitgrößtes Mitgliedsland in die Wagschale werfen kann. Sie wollen also die Türkei in den Wirtschaftsraum ein- und an die Entscheidungen der EU anbinden, ohne ihr die entsprechenden Rechte einzuräumen. Das würde die Türkei zum Vorhof der EU degradieren, oder, anders gesagt, zu einer Art Vorhölle machen.

Die Entscheidung ist hinausgezögert. Damit hat eine große Koalition im Deutschland und ein länderübergreifendes Bündnis vor allem Zeit gewonnen, Zeit, um die politischen Strukturen der EU so zu verändern, dass sich wirtschaftliche Übermacht in ein politisches Entscheidungsmonopol umsetzt.

Die Arbeit des Konvents, der eine europäischen Verfassungsvertrag ausarbeitet, ist auch in diesem Zusammenhang von großem Interesse. Wir werden uns, beginnend in einer der nächsten Ausgaben der *Politischen Berichte*, kritisch damit auseinandersetzen. scc

1 NZZ, 24.10.02

2 NZZ, 13.10.02

3 NZZ, 14.12.02

4 Veränderte industrielle Strukturen in Osteuropa nach einem Jahrzehnt der Transformation, Deutsche Industriebank, www.ikb.de/objekte/L%20E4nder/strukt_Osteuropa.pdf

5 Radio Prag, Auslandsinvestitionen in Tschechien, 20.11.2002

6 Radio Prag, Der Arbeitsmarkt in der Tschechischen Republik im Blick auf den EU-Beitritt

7 Bürger sehen die Risiken, Experten die Chancen. Die Diskussion um die EU-Osterweiterung in den Grenzregionen. Deutschlandfunk, 23.10.2002

8 ftd, 6.12.02

9 <http://www.bdi-online.de/RedDot/1066.htm>

Neue Militärdoktrin in Vorbereitung

Angriffskrieg als „Verteidigung“

Für das Frühjahr hat Verteidigungsminister Struck die Neufassung der Verteidigungspolitischen Richtlinien angekündigt. Die letzten waren 1992 vom damaligen Verteidigungsminister Rühe vorgelegt worden. Sie brachten die imperialistischen Expansionsinteressen der erstarkten BRD unverblümt zum Ausdruck, indem sie die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des unbehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung“ zu „vitalen Sicherheitsinteressen“ erklärten. Den Ankündigungen Strucks zufolge wird die neue Doktrin den Bruch mit der – im Grundgesetz Art. 87a immer noch verankerten – Beschränkung auf „Landesverteidigung“ endgültig vollziehen. Die Kernaufgaben der neuen Bundeswehr beträfe nicht mehr die Landesverteidigung, sondern „Krisenbewältigung“. „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.“



Deutsche Kriegsmarine am Golf von Aden

Die Konzeption zur Bundeswehrreform, die Struck Anfang Dezember vorstellte, enthält folgerichtig wesentliche Elemente zur Umwandlung der Bundeswehr in eine Interventionsstreitmacht. Ihre Organisationsstruktur soll schlanker werden – aufwendige Mobilmachungsvorbereitungen sind nicht mehr nötig. Zwar wird an einigen Waffenprogrammen gestrichen. So wird die Bewaffnung des Eurofighters reduziert: Von der Rakete „Meteor“ werden 600 statt der zunächst geplanten 1.488, von der Rakete „Iris-T“ 1.250 statt 1.812 angeschafft. Auch die Beschaffung des Airbus A 400 M wird von 73 auf 60 Stück reduziert, „da es nicht notwendig ist, gleichzeitig sowohl Evakuierungskapazitäten und normale Lufttransportkapazitäten zur Verfügung zu haben“.¹ Doch lassen die angekündigten Kürzungen und Streichungen beim Kriegsgerät die geplanten Angriffswaffen unangetastet. Sie schaffen vielmehr, wie Struck betonte, „Handlungsspielraum und stellen die Finanzierbarkeit der laufenden Vorhaben und den Einstieg in Entwicklungs- und Be- schaffungsprogramme sicher“.¹

Die Bundeswehr werde das Material bekommen, „welches sie für ihre Hauptaufgaben benötigt“. Etwa den Nachfolgepanzer zum Schützenpanzer Marder, die Transporthubschrauber NH 90, Marschflugkörper für den Krieg von See an Land auf Korvetten, Kampfdrohnen für den Landkrieg oder das 10 bis 15 Mrd. Euro teure Luftverteidigungssystem MEAS, das explizit zur Landesverteidigung nichts taugt, sondern einzig zur Verteidigung von Bundeswehrkampftruppen im Ausland konzipiert wird.²

Nachdem die PDS als Fraktion im Bundestag nicht mehr vertreten ist, gilt die ganz große Koalition aller Fraktionsmehrheiten als fast schon sicher. Die inzwischen zur grünen Parteivorsitzenden gewählte Angelika Beer nannte Strucks Konzeption einen „überfälligen Schritt“: „Jeder weiß, dass die Landesverteidigung auf absehbare Zeit keine Rolle mehr spielt.“³ Der in der CDU/CSU-Fraktion für „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ zuständige Wolfgang Schäuble antwortete in einem Interview auf die Frage: „Sicherheitsinteressen bis zum Hindukusch – können Sie sich damit im Grundsatz anfreunden?“: „Es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Denn wir brauchen eine realistische, aktualisierte Bedrohungsanalyse.“⁴ Was die Richtung betrifft, hatte sich Schäuble erst kürzlich für eine Übernahme der US-Doktrin der Präventivschläge ausgesprochen, um Massenvernichtungswaffen und Terrorismus zu bekämpfen: „Man kann diese Gefahren aber nur vermeiden, indem man Anschläge und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen verhindert. Mit Vergeltung, also einem Zweitenschlag, schützen Sie unsere Bevölkerung nicht.“⁵

Verschiedene Organisationen der Friedensbewegung haben das Vorhaben als „permanente Verfassungsbruch“ scharf kritisiert. Der Bundesausschuss Friedensratschlag „fordert die Bundesregierung auf,

- den friedfertigen Wesensgehalt des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu achten und die Verteidigungspolitischen Richtlinien außer Kraft zu setzen und sie nicht durch neue zu ersetzen

- die im Aufbau befindlichen Einsatzkräfte der Bundeswehr ersatzlos aufzulösen

- die Bundeswehr entsprechend des Überlegenheitspotenzials der NATO zunächst auf das für die Landesverteidigung ausreichende Maß von einem Fünftel ihrer Größe abzurüsten und sich für weltweite Abrüstungskontrolle einzusetzen.“²

1 Die Reform der Bundeswehr wird fortgeführt, Pressetext des Bundesverteidigungsministeriums, Quelle: www.bundesregierung.de

2 s. PE des Bundesausschusses Friedensratschlag vom 6.12., www.friedensratschlag.de

3 FR, 7.12.

4 Interview in der FR vom 11.12.

5 zitiert nach: Dirk Eckert, *telepolis*, 13.12.

26 Jahre Gefängnis für Ex-Premier Andreotti

Ein im November 2002 in Italien verhängtes Gerichtsurteil erregte ungewöhnliches Aufsehen. Ein Berufungsgericht in Perugia verurteilte den führenden Staatsmann im Nachkriegsitalien, Giulio Andreotti, zu 24 Jahren Gefängnis. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass der siebenmalige Ministerpräsident und Senator auf Lebenszeit zum Mord an dem Journalisten und Herausgeber des Nachrichtenmagazins „Osservatore Politico“, Mino Pecorelli, angestiftet habe. Im ersten Verfahren, das 1999 zu Ende ging, hatte der Staatsanwalt lebenslänglich gefordert, die Richter ihn freigesprochen. In einem zweiten Prozess in Palermo, in dem Andreotti der langjährigen Komplizenschaft mit der Mafia beschuldigt worden war, hatte der Ankläger 16 Jahre gefordert, die Richter einen Freispruch „zweiter Klasse“ (wegen Mangels an Beweisen) gefällt.

Nachdem Pecorelli Enthüllungen über Andreotti als Verantwortlichen für den Mord an dem christdemokratischen Parteiführer Moro angekündigt hatte, erschossen ihn am 20. März 1979 in Rom zwei Mafiakiller. In den Prozessen zeigte sich, dass die Straftaten Andreottis viel umfassender und schwerwiegender sind, er für sie aber nicht verurteilt wird, weil sie unter der Regie der NATO erfolgten, die bis heute die schützende Hand über ihre Gefolgsleute hält. In diesem Geflecht war Andreotti Komplize und Förderer einer von der CIA mit italienischen Geheimdienst- und Armeekreisen betriebenen verfassungsfeindlichen Strategie, die mehrfach in Staatsstreichversuchen unter dem Schutzhügel der NATO und der Einbeziehung der faschistischen Bewegung zum Sturz der parlamentarischen Ordnung und der Errichtung einer Diktatur rechtsextremen Typs gipfelte. Das Mitglied der Parlamentskommission zur Untersuchung des Mordes an Moro, der langjährige IKP-Abgeordnete Sergio Flamigni (heute Linksdemokrat), enthüllte in seinem Buch „Atlantische Dramen“ (Mailand 1996), dass Andreotti als der eigentliche Chef der von dem Altfaschisten Licio Gelli mit Hilfe der CIA gegründeten Putschistenloge P2, die 1981 aufgedeckt wurde, galt. Der umgebrachte Pecorelli hatte kurz nach der Entführung Moros im März 1978 in seinem Nachrichtenma-

gazin publik gemacht, dass Andreotti zu den Drahtziehern des Komplotts gehörte, mit dem Moro, der ein Regierungsabkommen mit der IKP geschlossen hatte, ausgeschaltet wurde. Während von regierungsoffizieller Seite die Roten Brigaden als die Entführer und späteren Mörder Moros dargestellt wurden, enthüllte Pecorelli, dass „die Entführer nichts mit dem gemeinhin bekannten Roten Brigaden zu tun“ haben, diese als ein manipuliertes Werkzeug in das Komplott einbezogen wurden. Dem jetzt gefällten Urteil gingen seit den 70er Jahren 24 staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und fünf parlamentarische Untersuchungen voraus, in denen Andreotti der Verwicklung in Attentate, Putschvorbereitungen, Kontakte zur Mafia und der heimlichen Führung der P2 verdächtigt wurde. Dank der Rückendeckung aus Washington, das alles der Geheimdeckung unterwarf, konnte man ihm im juristischen Sinne nie etwas nachweisen.

Andreottis Sturz begann Anfang 1990, als mutige Richter, Journalisten und Politologen Gladio aufdeckten. Der General Edgardo Sogno sagte aus, die geheime NATO-Truppe hätte, wenn die IKP durch einen legalen Wahlsieg an die Macht gekommen wäre, „den Bürgerkrieg entfesselt“. Wie „La Repubblica“ berichtete, ließ Andreotti, zu dieser Zeit bis 1992 das letzte Mal Ministerpräsident, aus einem Dossier über die Verantwortung von Militär- und Geheimdienstkreisen an terroristischen Operationen der Gladio-Truppe zwei Seiten verschwinden, die offensichtlich seine eigene Rolle betrafen, darunter die im Komplott gegen Moro.



Moro wird tot aufgefunden.

Im März 1993 erhoben die Staatsanwälte Anklage. In Palermo hieß es, Andreotti habe „einen Beitrag zum Schutz der Interessen und zum Erreichen der Ziele der Mafia geleistet“. Während des Prozesses wurden 231 Zeugen gehört. Fotos und Filmaufnahmen bewiesen die zahlreichen Treffen des Angeklagten mit Mafia-Bossen. Es wurde bekannt, dass Andreotti die Mafia zur Stimmenbeschaffung für die DC bei Wahlen anhieb, wofür gegen Mafia-Bosse verhängte Urteile vor dem Kassationsgericht (vergleichbar mit dem Bundesgerichtshof) „in Ordnung“ gebracht wurden. Im Prozess in Perugia kam ebenso ans Licht, dass Andreotti den mit der Untersu-

chung der Mafia-Verbrechen auf Sizilien beauftragten General Alberto Dalla Chiesa „zum Abschuss“ freigab, nachdem diesem ihm, wie „La Repubblica“ schrieb, ins Gesicht sagte, dass „die Andreottianer tief bis zum Hals drinstecken“ und er keine Rücksicht auf die DC-Interessen nehmen werde.

Es ist keine Überraschung, dass das Berufungsurteil beim Chef der derzeitigen, profaschistischen Regierung, Silvio Berlusconi, wütende Reaktionen hervorrief. Ist er doch als Führungsmitglied der P2 selbst in die im Verlaufe der Prozesse gegen Andreotti zur Sprache gekommene Umsturzstrategie verwickelt. Die Verurteilung Andreottis in der zweiten Instanz ist aber auch im Zusammenhang mit dem Widerstand verfassungstreuer Juristen gegen Berlusconis Regierungskurs zu sehen. Der Premier ist dabei, mit AN-Faschisten und Lega-Rassisten das italienische Grundgesetz auszuhebeln, entscheidende demokratische Rechte, darunter die Gewaltenteilung, zu beseitigen und eine autoritäre Präsidialdiktatur zu erreichen. Staatsanwälte und Richter, die sich ihrer Unterordnung unter die Exekutive widersetzen, werden vom Regierungschef, der selbst wegen diverser Straftaten zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurde, gegen die seine Revision läuft, als „rote Richter“ diffamiert, die „ein kommunistisches Regime“ installieren wollten. Der Mailänder Generalstaatsanwalt Gerard D’Ambrosio appellierte, dem entgegenzutreten, sonst werde „die Demokratie im Dunkel der Nacht versinken“.

Der Ausgang einer von Andreotti vor dem Kassationsgericht angekündigten Revision wird auch davon abhängen, ob der von den Arbeitern mit bisher zwei Generalstreiks und Massenaktionen auf der Straße ausgehende Widerstand, mit dem sich Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler, Lehrer, Schüler und Studenten solidarisieren, zu einem einheitlichen Handeln zusammenfindet. Es gibt hoffnungsvolle Anzeichen. Nobelpreisträger Dario Fo warnte vor einer „Etablierung des Faschismus“ und rief zur antifaschistischen Aktionseinheit auf. Umberto Eco sieht im Regierungskurs Berlusconis ein Erbe des „übelsten Faschismus“ des Landes. Er und Schriftsteller wie Andrea Camilleri und Antonio Tabucchi protestierten öffentlich gegen Berlusconi. Rund 200 Intellektuelle unterschrieben einen von Gian Mario Anselmi und Alberto Asor Rosa initiierten Appell zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten.

Selbst wenn das Berufungsurteil kaschiert werden sollte, ist es in der vom Kapital beherrschten korrupten Gesellschaft bereits als ein Erfolg zu sehen, dass der Jahrzehntelang mächtigste Politiker Italiens, das erste und zweite Verfahren zusammengezählt, bisher neun Jahre auf der Anklagebank saß und die Verbrechen, deren er angeklagt wird, offen darlegt. *Gerhard Feldbauer*



Tausende Feuerwehrleute demonstrierten, mit massiver Unterstützung aus der übrigen Gewerkschaftsbewegung, am 7. Dezember durch London. Vom 22. November an hatten die rund 50.000 Mitglieder der Feuerwehrgewerkschaft FBU acht Tage lang die Arbeit niedergelegt, nachdem die Lohnverhandlungen abgebrochen worden waren. Dabei hätte es fast noch eine Einigung gegeben. Die FBU, die mit einer Forderung nach 40%-Lohnerhöhung in die Auseinandersetzung gegangen war, hatte sich mit den Lokalverwaltungen, die zunächst lediglich 4% angeboten hatte, auf 16% geeinigt; doch die britische Regierung verzögerte und verhinderte so den Abschluss. Sie befürchtet wohl, dass das Beispiel Schule machen könnte. Denn einige Tage zuvor hatte ein Streik der Lehrer fast 1000 Schulen in London ganz oder teilweise lahmgelegt – die Lehrer fordern höhere Ortszuschläge, um die enormen Lebenshaltungskosten in der Hauptstadt bestreiten zu können. Falls die erneuten Verhandlungen in diesen Tagen kein zufriedenstellendes Ergebnis zeitigen, hat die FBU bereits weitere Streikaktionen für Ende Januar und Ende Februar angekündigt.

(Bild: Indymedia UK)



Generalstreik in Portugal

Ein landesweiter Generalstreik – der erste seit zehn Jahren – legte am 10.12. praktisch den gesamten öffentlichen Nahverkehr (Bild) und zahlreiche Fabriken im Lande lahm, u.a. das VW-Werk, wo sich 88% der Beschäftigten am Streik beteiligten. Aufgerufen hatte einer der beiden großen Gewerkschaftsverbände, die CGTP-IN. Der Protest richtet sich gegen das Kürzungsprogramm der Regierung und insbesondere gegen die geplante Novellierung des Arbeitsrechts. Hauptbestandteil der „Reform“ ist die Lockerung des Kündigungsschutzes. Tags zuvor hatten bereits die Arbeiter der Erdölindustrie sowie die Eisenbahner die Arbeit niedergelegt.

Rumänien: Bürgerkriegsähnliche Zustände nach Polizeirazzia

Auf der Suche nach fünf Roma stürmten 15 Polizisten, 18 Mitglieder eines Son-

mordes an Juden und Roma und auch der in der Ceausescu-Zeit gängigen Romadiskriminierung. Aven Amentza kritisiert ausdrücklich den „institutionalisierten Rassismus“ und fordert die Regierung auf, noch vor dem am 12.12. beginnenden EU-Gipfel die „groben Rechtsverstöße“ der Polizei in Buhusi öffentlich zu verurteilen.

(Quelle: www.hagalil.com)

Israel: Zwei Refusniks zum sechsten Mal im Gefängnis

Zwei junge Israelis, 18 und 19 Jahre alt, wurden jetzt zum sechsten Mal zu 28 bzw. 35 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie den Militärdienst verweigern. Der eine bringt es damit auf 161, der andere auf 133 Tage Militärgefängnis. Während bisher Gefängnisstrafen für Militärdienstverweigerung eine Obergrenze von 90 bis 100 Tagen nach einer ungeschriebenen Regel nie überschritten, weil die Verweigerer dann für „inkompatibel“ erklärt und aus dem Militärdienst entlassen wurden, wird den beiden bisher die Anhörung vor der Inkompatibilitäts-Kommission verweigert. Die beiden Verweigerer sind zwei der gegenwärtig elf „Gewissens-Gefangenen“, in den Militärgefängnissen 4 und 6 befinden sich weitere neun Refusniks. Seit Beginn der zweiten Intifada wurden bisher 180 junge Israelis zu Gefängnis verurteilt, weil sie den Militärdienst teils ganz, teils im Westjordanland verweigerten. Insgesamt beteiligen sich bis dato 1200 Israelis an der Verweigerungskampagne, indem sie teils verweigerten, teils die Verweigerung des bevorstehenden Militärdienstes ankündigen.

(Quelle: indymedia)

USA: Antikriegsdemonstration am 18.1. in Washington

Viele tausend Organisationen und Personen rufen zu einer landesweiten Demonstration am 18. Januar auf unter der Lösung: „Kein Krieg gegen den Irak! Vernichtet die US-Massenvernichtungsmittel!“ Fast täglich erhält die Friedensbewegung neue Unterstützung durch gewerkschaftliche, religiöse, Frauen-, Bürgerrechtsgruppen und vielen anderen Gruppen im ganzen Land. Die Demonstration soll um 11. am Capitol beginnen und zur Navy Yard, einem in den Arbeitervierteln gelegenen großen Militärkomplex führen. – Am 10.12., dem Tag der Menschenrechte, fanden in mehreren



Städten der USA kleinere Demonstrationen statt. Dabei wurden insgesamt ca. 100 Menschen festgenommen.

Zusammenstellung: scc

FRANKFURT A.M., RAMSTEIN, STUTTGART, BERLIN. Rund 600 demonstrierten am 14.12.02 zum Haupteingang der US-Rhein/Main-Airbase bei Frankfurt (*Bild*). Die rot-grüne Regierung wurde aufgefordert, den USA und Grossbritannien keine Überflugrechte und keine Nutzung von Flughäfen auf deutschem Boden für eine Kriegsführung gegen den Irak zu erlauben. Der Luftwaffenstützpunkt gilt als logistische Drehscheibe für einen möglichen Truppenaufmarsch am Persischen Golf. Weitere Demonstrationen fanden an den US-Stützpunkten in Spangdahlem bei Trier und in Ramstein statt. In Stuttgart hatten bereits am 8. Dezember rund 100 KriegsgegnerInnen die Einsatzzentrale für US-Atomwaffen in Stuttgart-Vaihingen, das European Command (EUCOM), eine Stunde lang friedlich blockiert. Nach Angaben des EUCOM wurden 95 Prozent der Militäreinsätze im Golfkrieg von dort gesteuert. In Berlin kamen am 14. Dezember über 1000 zur Friedensdemonstration, die erst durch einen Eilrechtsschutzantrag durchgesetzt werden musste. www.gegeninformationsbuero.de



„Steht auf – wir sind die Stadt“ Demonstration am 14.12. in Aachen

AACHEN. Rund 200 Menschen demonstrierten am 14. Dezember 2002 unter obiger Losung. Aufgerufen hatten soziale und kulturelle Initiativen, antifaschistische Gruppen, linke Parteien (PDS, SAV und DKP), Attac und das Antikriegsbündnis Aachen. Begleitet wurde die Demo von einem martialischen Polizeiaufgebot. In dem Aufruf heißt es: „Die Stadt Aachen treibt seit längerer Zeit einen sozialen Kahlschlag voran. Im Haushaltsentwurf der Stadt Aachen für 2003 sind massive Kürzungen vor allem bei sozialen und kulturellen Einrichtungen geplant. Für viele Initiativen bedeuten Kürzungen von 20-30% jedoch faktisch das Aus! ... Wir fordern: • Die Rücknahme aller Kürzungen und Streichungen im sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Bereich. • Stoppt den Ausverkauf von städtischem Eigentum! Keinen Verkauf von städtischen Wohnungen im Ostviertel und anderswo. • Die Wiederherstellung des Autonomen Zentrums in ursprünglicher Form. • Bereitstellung von Räumen für ein soziales Zentrum gemäß den Forderungen der Besetzerinnen und Besetzer der Goethestraße 3. • Bildung statt Krieg.“

<http://de.indymedia.org>

5000 bei der Demonstration „Aufstehen für eine solidarische Stadt“

HAMBURG. Über 5000 Menschen folgten am 5. Dezember 2002 dem Aufruf von DGB, ver.di, GEW, SoPo und anderen und demonstrierten unter der Losung „Aufstehen für eine solidarische Stadt“ gegen die Politik des Rechtssenats. Die Demonstrationsroute allerdings war ein Skandal: Der Weg durch die Innenstadt war von Senats wegen versperrt, die Demonstration zog fernab jeder Einkaufsstraße

über menschenleere Straßen zum Großneumarkt. Im Vorfeld hatten Innensenator Schill im Bund mit der Springer-Presse nichts unversucht gelassen, die Beteiligung der Bambule-Unterstützer an der Demonstration zu verhindern bzw. zum Anlass wütender Diffamierungen der Demonstration zu nehmen. Immerhin, viele hundert Bambule Unterstützer beteiligten sich an der gewerkschaftlichen Demonstration und die Gewerkschaften gaben dem Druck im Wesentlichen nicht nach – nur der Route stimmten sie nach einigem Hin und Her leider zu.

Der Vertreter der SoPo fasste die Forderungen so zusammen: „Wir wollen eine Politik, die sich inhaltlich ohne Wenn und Aber an den sozialen Grundrechten aller Menschen orientiert. • Wir wollen eine Sozialpolitik der Solidarität und keine Ausgrenzung. Wir wollen Liberalität und Fortschrittlichkeit statt Law and Order und Repression. • Wir wollen keine Mischung aus Almosen und Peitsche. Sondern eine abgesicherte und

menschenwürdige Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben.“

Lokalberichte Hamburg Nr. 25

Protest gegen Ausreisezentrum – Gewerkschaften werden aktiv

FÜRTH. Rund 300 Menschen beteiligten sich am 7. Dezember 2002 an der Demonstration gegen das meterhoch umzäunte und mit Wohncontainern ausgestattete Ausreisezentrum in der Fürther Hafenstraße. Der DGB Bayern und die GEW Bayern bekräftigten kurz darauf am Tag der Menschenrechte die Forderung nach sofortiger Schließung dieses Abschiebelagers und den Stopp aller Planungen für weitere Ausreiselager in Bayern. „Der bayerische Innenminister Beckstein nimmt die Angst der Bevölkerung vor Terroristen zum Vorwand, abgelehnte Asylbewerber in Lagern zu kassieren. Dort sind sie so miserabel in Containern untergebracht – Bewachung, keinen unangemeldeten Besuch, Verbot an Deutschkursen teilzunehmen usw. – dass man hofft, sie dadurch zur Ausreise zwingen zu können“, kritisiert Heide Langguth, stellv. DGB-Vorsitzende in Bayern. Sie fährt fort: „Diese Zermürbungstaktik der bayerischen Staatsregierung ist schäbig, insbesondere angesichts der rückläufigen Asylbewerbungen.“ Waren es im Januar 2001 noch 7583 Erstanträge auf Asyl, so liegt die Zahl der Erstanträge im Oktober 2002 um 1000 niedriger, nämlich bei 6.568.

In Trier will das Aktionsbündnis „Eschagh muss bleiben!“ am 11. Januar 2003 eine Demonstration organisieren. Im Januar wird in der Trierer Dasbachstraße ein „Ausreisezentrum“ mit dem erklärten Ziel eröffnet, Flüchtlinge „in eine gewisse Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit“ zu versetzen (Zitat des rheinland-pfälzischen Leiters der Clearingstelle für Flugabschiebung und



Passbeschaffung). Weitere Infos unter:
www.ausreisezentren.cjb.net/

Forderungen des Jugendaktionskongresses 2002 in Schwäbisch Hall

SCHWÄBISCH HALL. Auf dem Jugendaktionskongress 2002 trafen sich ökologisch und politisch interessierte Jugendliche auf Einladung von BUNDjugend Baden-Württemberg, Naturschutzzugend (NAJU) Baden-Württemberg, Bund der PfadfinderInnen e. V. Baden-Württemberg. Zum Abschluss verabschiedeten die TeilnehmerInnen die folgenden Forderungen und Stellungnahmen:

- Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen. Schnellstmöglicher Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung. Umstieg auf regenerative Energien.
- Kein Abbau von Rohstoffen ohne Einwilligung der Betroffenen.
- Kein weiterer Straßenbau. Drastische Reduzierung des Flugverkehrs.
- Keine Gentechnik in Lebensmittelproduktion und Landwirtschaft.
- Vollständige Abrüstung weltweit. Schnellstmögliche Abschaffung aller Armeen und Kriegsbündnisse.
- Abschaffung aller Geheimdienste. Stopp des Überwachungsstaats.
- Offene Grenzen für alle.
- Gleichberechtigung für alle Menschen. Gerechte Verteilung des Reichtums und Wohlstands.
- Gerechte Verteilung der Arbeit durch drastische Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Abschaffung der Lohnarbeit.
- Vergesellschaftlichung statt Privatisierung von Dienstleistungen. Stopp des GATS-Abkommens.
- Abschaffung von Patenten und Copyrights.
- Freier Zugang zu Informationen (bei gleichzeitigem Schutz der Privatsphäre) und die Möglichkeit für alle, unabhängig von finanziellen Mitteln Medien zu gestalten.
- Freie Bildung für alle und eine Umstrukturierung des Bildungs- und Schulsystems weg von Lernzwang und Leistungsdruck.

- Stopp der staatlichen Unterstützung von Parteispenden und Begrenzung der Höhe von Privatspenden an Parteien.
- Legalisierung aller Drogen zur Bekämpfung der Beschaffungskriminalität und zum Schutz vor verunreinigten Drogen. Bekämpfung der Ursachen des Drogenkonsums.

Durch vielfältige Diskussionen wurde uns klar, dass manche Forderungen im momentanen gesellschaftlichen und politischen System nicht realisierbar sind. Diskussionen über Alternativen zum Bestehenden sind für uns daher unumgänglich.

Tausende aktiv in Kiel gegen die Unterfinanzierung an den Unis

KIEL. Die Uni-Proteste gegen die miserable Finanzausstattung der Kieler Christian-Albrechts-Universität (CAU) durch die Landesregierung erreichten am 17. Dezember 2002 ihren vorläufigen Höhepunkt. Im Anschluss an die Vollversammlung um 11 Uhr fand die größte Demonstration der letzten zehn Jahre zum Landeshaus statt. Anlass ist die Verabschiedung des schleswig-holsteinischen Haushalts für das Jahr 2003 am 18. Dezember, in dem keine Mittel für die CAU zum Ausgleich von entstehenden Tarif- und Inflationssteigerungen bei Personal und Sachmitteln bereitgestellt werden. Dadurch wird der CAU im kommenden Jahr ein Betrag von ca. 4 Millionen Euro fehlen, den die Universität nur durch das Wegkürzen von ca. 80 Stellen aufbringen kann. Deswegen haben auch CAU-Angehörige den Leuchtschriftzug HELP ans Uni-Hochhaus angebracht. Eine Woche vor diesem Stichtag fand eine andere Aufsehen erregende Aktion statt: Unter der Losung „Uni geht baden“ stiegen Studierende in Badekleidung in das eis-

kalte Fördewasser. Am 5. Dezember blockierten 3000 Studierende für ca. 30 Minuten zum Abschluss einer Informationsveranstaltung eine der größten Kreuzungen Kieles. Im Anschluss an diese Aktion wurden in der Stadt durch eine „Weihnachtsmann-Staffel“ Flugblätter zur Situation an der CAU verbreitet. Außerdem hielten Professoren bei eisiger Kälte Vorlesungen auf dem Rathausplatz ab.

www.kiel4kiel.de

„Education is not for sale“ (EINFS) Vernetzungstreffen in Fulda

FULDA. Der europäische Studierenden-dachverband ESIB, Studentengewerkschaften wie die NUS (National Union of Students) aus Großbritannien, die Österreichische HochschülerInnenschaft, die italienische Studierendengewerkschaft UDU und weitere Kontakte nach Frankreich, Griechenland, zur dänischen Studierendengewerkschaft pls und in die Schweiz sind die wichtige Grundlage für weitere gemeinsame europäische Aktivitäten. Die am 7. Dezember 2002 in Fulda versammelten ca. 30 VertreterInnen verschiedener Asten, dem ABS, LSV'en aus NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz, scudag-AktivistInnen (gewerkschaftliche Selbstorganisation von SchülerInnen und Studierenden) und der anwesende GEW-Experte zu Privatisierung und GATS Jürgen Klausenitzer diskutierten über die Vorhaben für 2003:

- Mobilisierung zur EU-weiten Anti-GATS-Demo am 9. Februar 2003 in Brüssel.
- Brief- und Abgeordnetenkampagne mit direkte Aktionen am europäischen GATS-Aktionstag am 13.3.03.
- Europäisches Bildungstreffen zur Vorbereitung des Gegengipfels und Aktionen zur EU-Bildungsministerkonferenz in Berlin am 18/19.9.2003.

www.scudag.org oder www.education-is-not-for-sale.org

KÖLN. Das Flüchtlingsschiff „Transit“ hat am 10. Dezember 2002 um 11.30 Köln erreicht. Anlegen konnte das zehn Meter hohe Containerschiff allerdings stundenlang nicht, denn die Flüchtlingsinitiativen Rom e.V., kein mensch ist illegal und Pro Roma blockierten das Anlegen im Deutzer Hafenbecken mit Abseilaktionen an der Kaimauer und einer Besetzung des Schiffsdaches. Michael Schleicher, zuständig beim Wohnungsamt, Köln ließ es sich nicht nehmen, zum Hafen zu kommen, um sein Schiff zu begrüßen. Schon der erste Eindruck dieses neuen Unterbringungs-ortes für Flüchtlinge entsetzt die Aktivisten vor Ort: „Die Metallcontainer sind zu drei Stockwerken gestapelt. Die Wohnzellen sind nicht größer als 8 Quadratmeter und sind mit einem Etagenbett, einem Einzelbett und einem Plastiktisch ausgestattet. Offenbar sollen hier demnächst in einer Zelle drei Menschen leben“, beschreibt Helene Schmitt (kein mensch ist illegal) die „Transit“. 160 Flüchtlinge will die Stadt hier sofort unterbringen. Zum einen jene Roma, die monatlang auf dem verunreinigten Gelände in Kalk unter krank machenden und unwürdigen Bedingungen in Containern lebten und jetzt für kurze Zeit in verschiedenen Wohnheimen untergebracht waren, zum anderen in Köln neu ankommende Flüchtlinge.

www.kmii-koeln.de



Bild: www.arbeiterfotografie.com

Wieso sträubt sich der Freistaat?

Auseinandersetzung um NS-Dokumentationszen

MÜNCHEN. Der Stadtrat von München betreibt die Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums. Der Freistaat Bayern ist auch dafür. Man holt Gutachten ein. Diskutiert in den Gremien und in der Öffentlichkeit. Die Vereine und Organisationen, die sich mit der Aufarbeitung der NS-Zeit beschäftigen, werden herangezogen. Man veranstaltet ein zweiteiliges Symposium. Der erste Teil, von Donnerstag Abends bis Samstag Nachmittag, ist vorbei. Am Montag danach schreibt dann Sonja Zekri im Feuilleton der SZ: „Mehrmals ... hatte man ... die Frage gehört, ob sich München mit dem Dokumentationszentrum nur ein politisch korrektes Feigenblatt zulegen wolle. Die Wahrheit ist bitterer: Das Feigenblatt war diese Veranstaltung.“ – Es ist leider wahr, über dem Ende des Symposiums schwiebe der Eindruck, dass das alles nichts wird und nur noch unklar ist, wie. Wenn aber die Entmutigung der Öffentlichkeit das Ziel der freistaatlichen Interventionen war, etwa um die Vertreter der Stadt und der Initiativen hernach in der Stille der Gremienwelten fertig zu machen, ist es besser darauf zu bestehen, dass noch gar nichts entschieden ist.

Die Initiativen wollen ein Dokumentationszentrum auf dem abgeräumten Gelände des früheren „Braunen Hauses“, und dazu neigen auch die Repräsentanten der Stadt. Seitens des Freistaates versammelt man sich hinter einem Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, das die Schaffung einer Besichtigungsstrecke anregt. Die Rede war von dreißig und einigen Stationen. Die Staatsministerin

hat sich zu diesem Gutachten positiv geäußert. Und jetzt kommt das Beste: Weil der Landtag der Auftraggeber des Gutachtens ist, darf es erst publiziert werden, wenn es der zuständige Ausschuss entgegengenommen hat. Obwohl das Gutachten viele Monate schon vorliegt, hatte der Ausschuss bis jetzt nicht die Zeit. Vielleicht wird man es im Januar entgegennehmen können, kann gut sein, erst nachdem auch der zweite Teil des Symposiums gelaufen ist.* Bis aber schwarz auf weiß nachzulesen ist, worauf das Land hinaus will, können seine Vertreter jede Kritik als böse Unterstellung zurückweisen.

Aber warum? Was hat das Land gegen ein NS-Dokumentationszentrum in München? Die Gründe liegen auf dem weiten und oft unfruchtbaren Feld der symbolischen Politik verstreut. Um sie zu finden, ist es in einem ersten Schritt nötig, darzustellen, wofür „München“ in der Weltsicht der Nazigruppen steht. München ist der Ort entscheidender Ereignisse. Hier gelang es Hitler nach dem Scheitern seines Putschversuches, eine Strategie zu entwickeln, die nun darauf abzielt, den vorgefundenen Staat und das vorgefundene Rechtssystem als Werkzeuge des Faschismus brauchbar zu machen. So wurde aus dem wilden Antisemitismus das Projekt der gesetzlichen Ausschaltung der Juden, die den industriellen Holocaust vorbereitet. So wurde aus der Revanchepredigt gegen die Sieger des Ersten Weltkrieges die Strategie der Gewinnung von Lebensraum im Osten und die Legitimation des Angriffskrieges. So

wurde die Ideologie der Volksgemeinschaft gegen die Interessenverbände der Lohnabhängigen gekehrt. Für alle diese Entwicklungen ist tragend wichtig, dass Ziele, die bei den bürgerlichen Eliten angelegt waren, ideologisch ausgebaut und mit verbrecherischen Mitteln der Verwirklichung zusammengebracht wurden.

In der Stadt München, umgeben vom Oberland, testete Hitler nach dem gescheiterten Konzept des Rechtsputsches also die inhaltlichen und formalen Bedingungen einer Machtergreifung auf legalem Wege aus. Das war ein theoreti sches Problem, das im täglichen Kampf um die Meinungsbildung zu lösen war. So kaufte die Partei den *Völkischen Beobachter*. Das war auch eine praktische Frage, bei der es auszuloten galt, wie weit man in einer gesetzlich geregelten Situation mit der Entwicklung von Gewalt und Terror gehen könne. So wurden die SA und später die SS gegründet. Und so rieb man sich an der Polizei. Und es war gerade die Tatkraft, der Triumph des Willens, der Künstler, Literaten und die studierende Jugend in Scharen anzog.

Alles zusammengenommen reifte das Parteiwesen der NSDAP in der Stadt und dem mit ihr eng verbundenem Umland zu einem komplett, programmatisch, ideologisch, organisatorisch ausgebauten System heran, das in seiner einzigartigen Kombination von positiv rechtlicher Akribie und bedenkenloser Akzeptanz des offenbaren Verbrechens als Mittel der Politik in der Lage war, das Reich zu übernehmen. Es ist für die Beurteilung



Vorwort zu einer Extraausgabe der Zeitschrift *MitLinks*

Nach Jahrzehntelangen Bemühungen für die Gründung eines NS-Dokumentations-

zentrums in München schienen die Erfolg aussichten in den letzten Monaten günstig zu sein.

Vom 5. bis zum 7. Dezember 2002 fand der erste Teil eines Symposiums zum Thema statt, am 16. und 17. Januar 2003 wird der zweite Teil stattfinden.

Eine wichtige Rolle bei der ersten Tagung spielte ein Gutachten, das der Landtag beim „Institut für Zeitgeschichte, München – Berlin“ in Auftrag gegeben hatte und das am 4. November 2002 fertig gestellt war.

Teile dieses Gutachtens wurden präsentiert bzw. zitiert, es gibt bereits einen Brief, in dem sich die Kultusministerin Hohlmeier positioniert – „offiziell“ kannte (fast) keiner der Anwesenden bei dem dreitägigen Symposium den Inhalt.

Eine direkte Nachfrage bei Dr. Ludwig Spaenle, MdL und Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur, ob das Gutachten denn unverzüglich über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde oder wenigstens rechtzeitig vor dem zweiten Teil des Symposiums, führte zu der Auskunft, dass er da nichts machen könne. Das zurückhaltende Verfahren mit diesem Gutachten führt dazu, dass die darin entwickelte Absage an den Plan eines NS-Dokumentationszentrums bei den vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich für eine zentrale Lösung einsetzen – und dies von Anfang an öffentlich –, nicht fundiert kritisiert werden kann.

Mittlerweile kursieren jedoch bereits Kopien, die unter der Hand verbreitet werden mit der Bitte, die Quelle nicht zu nennen. Wo leben wir eigentlich?

Offensichtlich besteht ein berechtigtes Interesse an einer unverzüglichen Veröffentlichung, damit die unterschiedlichen Ansätze von Stadt, Freistaat und Initiativen unter dem demokratischen Vorzeichen der Informationsfreiheit diskutiert werden können.

Aus diesen Gründen finden Sie in dieser Broschüre:

1. Projekt eines NS-Dokumentationszentrums in München. Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, München – Berlin, erstattet im Auftrag der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 4. November 2002. (Seite 3 bis 38)
2. Thesen für ein NS-Dokumentationszentrums in München. München, 2. Dezember 2002. Erstunterzeichner siehe Seite 42. (Seite 39 bis 42)
3. Ablauf des Symposiums, Teil 2 (gekürzt). Seite 43

Brigitte Wolf, Stadträtin

mitLinks ist die Zeitschrift der offenen Liste der PDS München im Stadtrat. Die Extra-Ausgabe ist erhältlich zum Download über www.pds-muenchen-stadtrat.de. Die gedruckte Ausgabe (solange der Vorrat reicht) über info@pds-muenchen-stadtrat.de

trum in München

dieser Gesichtspunkte wichtig, dass Hitlers Entwicklungskonzept für die Nazi-Partei diese Form der Vorwegnahme eines künftigen Zustandes in einem engeren Kreis ausdrücklich enthielt.

Was hat das mit den Schwierigkeiten zu tun, die das Land der Einrichtung eines Dokumentationszentrums bereitet? In einem solchen Dokumentationszentrum müsste thematisch werden, über welche politischen Aussagen, Zielsetzungen, Grundwerte die Verbindung der Nazisekte mit erheblichen Teilen der Gesellschaft funktionierte. Es wäre nicht möglich, eine Kritik an Hitler zu führen ohne eine Kritik am Konservatismus.

Und darin liegt ein doppeltes Problem, das mit Blick auf die weitere Funktionsentwicklung Münchens als Hauptstadt der Bewegung anschaulicher wird:

Nach der Machtübernahme rückte München als Verwaltungs- und Kultzentrum des Reiches auf den ersten Blick etwas außerhalb des Geschehens. Die politischen Entscheidungen fielen dann in Berlin, wo die Staatsregierung wirkte, und später in den diversen Hauptquartieren, von denen aus die Wehrmacht kommandiert wurde.

Welche signalgebende Rolle die Nazis der Stadt dennoch zumaßen, zeigt sich jedoch daran, dass sie diesen Ort wählen, um entscheidende Punkte ihrer Herrschaft zu markieren. Gleich nach dem „legalen“ Machtergreifen wurde in Dachau, in unmittelbarer Nähe zu München, das erste KZ errichtet. Damit war die Kombination von Gesetz und Verbrechen zur Institution geworden. 1938 rief Göbbels im Saal des Alten Rathauses zur Reichspogromnacht auf, mit der die Absicht markant wurde, den Rassismus bis zur Vernichtung zu steigern. 1938 wählte Hitler München die Stadt zum Veranstaltungsort des Münchner Konferenz, die zur Vernichtung der Tschechoslowakei führte, wobei der ganzen Weltöffentlichkeit der Anspruch Großdeutschlands auf „Raum“, der Anspruch der Deutschen auf „Überlegenheit“ und die Bereitschaft von Staat und Volk zum Krieg aufgezeigt wurde.

Die Nazis kamen also an wegweisenden Stationen ihrer Entwicklung auf den Ort zurück, an dem die theoretische und praktische Grundlegung des Nationalsozialismus zustand gekommen war und tritt von hier aus in Aktion, um sich zu steigern. In dieser Logik wurde München als kultisches Zentrum des Nationalsozialismus ausgebaut, und mit dem üblichen Sinn für das Praktische auch zur Verwaltungszentrale der NS-Partei und ihrer Hilfsorganisation.

Eine Dokumentation des Wirkens der Nazi-Partei in München wird, wenn sie sich nicht völlig von den Tatsachen ent-

fernen soll, ihren Schwerpunkt dort finden, wo die geistige Verbindung zwischen den Nazis und den konservativen Eliten gezeigt werden muss, und deren Bereitschaft, die ungesetzliche Gewalt der Nazis für sich wirken zu lassen. Hier liegt die Chance, und hier liegt auch das Problem.

Bei den Auseinandersetzungen mit dem Freistaat geht es, plump und roh gesagt, darum, die CSU in eine demonstrative, symbolisch wirksame Abgrenzung an ihrem rechten Rand zu lotsen. Dies wäre gegeben, wenn auf dem Gelände des Braunen Hauses, mitten in dem Komplex von Baudenkmälern, die auf die vergangene Größe der Nazis verweisen, ein unübersehbares Dokumentationszentrum entstünde. Durch die Augen der Nazis gesehen, wäre das eine brutale Entweihung eines heiligen Ortes, je fester und markanter das Bauwerk, um so mehr. Genau deswegen muss es so gemacht werden. Muss? Im jetzt vergangenen Sommer hatte die Filmpropagandistin Riefenstahl hunderter Geburtstag. Im Führerbau, der heutigen Musikhochschule hielten Nazis aus diesem Anlass eine Feier ab.

Diese alten Bauten bieten den neuen Nazis Anknüpfungspunkte. In der aktuellen Entwicklung der Stadt stehen zwei Projekte an, die dagegen wirken. Da ist einmal die neue Entwicklung jüdischen Lebens, dem die Stadtgesellschaft Münchens an markanter Stelle, am St.-Jakobs-Platz, Raum geben will. Die Kampagne, mit der versucht wird, Proteste gegen diese Bebauung zu organisieren, gehen auch nach dem Beschluss des Stadtrates weiter. Die Nazis suchen Anhang unter dem Vorwand, dass die Errichtung von Synagoge und Gemeindezentrum die Anwohner gefährde (wir berichteten). Sie brauchen dabei nicht auf den schnellen Erfolg zu setzen, sie wollen auch eine Logik verankern, in der jede antisemitische Ausschreitung gegen die Entwicklung jüdischen Lebens spricht. Können die Nazigruppen mit dieser verdrehten Logik nicht in der breiten Bevölkerung landen, ist umgekehrt die Wiedergeburt eines jüdischen Zentrums in München ein starkes Argument, ein symbolisches Bollwerk gegen ihre Bewegung. Vor diesem Hintergrund war es wichtig, dass die Nazi-Argumente im Münchner Stadtrat nicht verflingen, d.h. CSU und FDP haben sich weder ganz noch in Teilen einfangen lassen.

Ein ähnliches Problem steht jetzt bei der Planung des Dokumentationszentrums im Raum. Es ist schwieriger zu lösen, denn die Christlich-Konservativen haben sich an der Antisemitismusfrage ganz anders abarbeitet müssen als etwa an Vorstellungen einer kulturellen Überlegenheit des Deutschtums, an Fremdenfeindlichkeit und anderen Strategien, die so manchen Verbindungsweg zwischen den Konservativen und den Nazigruppen gangbar lassen. (maf)

* Inzwischen hat Stadträtin Wolf, PDS, das Gutachten für die Öffentlichkeit erschlossen.

Bericht, Fotos, Flugblatt

Anti-Riefenstahl-Demo

BONN. Wie schon auf Indymedia dokumentiert, fand am 12.12.2002 in Bonn vor dem weitläufig abgesperrten „Haus der Geschichte der BRD“ eine Kundgebung gegen die Eröffnung der Ausstellung von Helene „Leni“ Riefenstahl statt. Zu der NS-Propagandistin wurden einige Redebbeiträge über Megafon vorgelesen und die rund 50 Anwesenden standen vor dem Bullenspalier und der mäßig interessieren Presse herum. Reinzukommen war erst nach polizeilicher Gesichtskontrolle und Museums-Einladung möglich. Zwei protestierende Bürger erhielten wiederholt Platzverweise, nachdem sie vor dem Eingang die BesucherInnen auf die Nazi-Ästhetik der Riefenstahl angesprochen hatten. Zwei Leute, die ein Transparent „Nationalsozialismus ist nicht ästhetisch“ auf einem Mittelstreifen der B9 vor dem Museum entrollten, mussten ihre Personalien angeben und wurden dann zur U-Bahn begleitet, nachdem sich die Kundgebung aufgelöst hatte.

Anlässlich der Proteste gegen die Eröffnung der Ausstellung zum 100. Geburtstag von Helene „Leni“ Riefenstahl wurde vor dem „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn“ folgendes Flugblatt verteilt. Es zeigt auf, dass die Nazi-Ästhetik der Heimat- und Propagandafilme als Popkultur heute zum Allgemeingut geworden sind und in der Werbung, wie auch in Rockvideos auf VIVA und MTV kommerziellen Erfolg zeigen und vom rot-grünen Mainstream begierig aufgesogen und gefeiert werden.

<http://de.indymedia.org/>

Flugblatt zur Anti-Riefenstahl-Demo

Riefenstahl-gewitter: Nazi-Pop aus allen Rohren ...

Das Phänomen Helene Riefenstahl scheint kein Ende zu nehmen. Was als Blut-und-Boden-Bergsteiger-Schnulze 1932 begann („Das blaue Licht“), führte sie als Regisseurin bereits 1933 mit „Sieg des Glaubens“ als Inszenierung des



Die offizielle Ausstellungsaesthetik

**leni
riefenstahl**

AUSSTELLUNG
13.12.2002-2.3.2003
DI-SO, 9-19 UHR
EINTRITT FREI

NSDAP-Reichsparteitags fort.

Weiter ging die Karriere des NS-Shooting-Stars mit „SOS Eisberg“, „Triumph des Willens“ (1934) und „Tag der Freiheit – unsere Wehrmacht“ (1935). Die insgesamt vierstündigen Olympia-Filme „Fest der Völker (Teil I)“ und „Fest der Schönheit (Teil II)“ führt sie 1938 gar ihrem Führer Adolf Hitler zum Geburtstag vor. Für die Herrenmenschen-Sportschau bekommt sie vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) 1939 eine olympische Goldmedaille.

In den Jahren 1940/41 – der Zweite Weltkrieg ist bereits in vollem Gange – beginnt Riefenstahl mit den Dreharbeiten für den Film „Tiefland“, für dessen Produktion sie 60 Sinti und Roma aus einem Internierungslager zwangsrekrutiert. Ihre Schutzbehauptung, sie habe die später größtenteils in KZs umgebrachten Filmkompanien nach 1945 „alle wieder gesehen“, ist mittlerweile gerichtlich widerlegt.

Nie sei es ihre Absicht gewesen, die Nazibarbarei schönzufärben oder gar Menschen in den Tod zu schicken, so weist die von den Alliierten als NS-„Mitläuferin“ disqualifizierte Filmkünstlerin alle Mitschuld am mörderischen deutschen Todestunkt von sich und spricht ganzen Generationen aus der schwarz-braunen Seele. „Mich fasziniert, was schön ist, stark, gesund und lebendig“, erklärte Helene Riefenstahl 1966. Und erst 2002 tat sie kund: „Ich war niemals in der NSDAP und fühle mich nicht der Naziideologie verbunden. Die einzige Organisation, der ich angehöre, ist Greenpeace.“

Und Ökologie – das „Naturrecht“ – ist schliesslich populär geworden, seit die Grünen und Brauner den „Heimat-schutz“ neu definiert haben. Da wundert es nicht, dass die Riefenstahl als 72-Jährige noch einen Tauchschein mache und heute als Tiefseetaucherin ins Meer springt. Wer staunte nicht, als sie vor drei



Kritik vor den Absperrgittern

Jahren, als 97-Jährige, einen Hubschrauberabsturz wohlbehalten überlebte? Faschismus hält gesund, und jung noch dazu, wird allenthalben gemunkelt. Und mit glühender Begeisterung für Führer, Volk und Vaterland lässt sich's auch hundert Jahre leben, vielleicht sogar tausend...

Und mit Geschichtsverdrehung und schönen Bildchen lässt sich gerade heute wieder Geld und Staat machen. Wenn das Haus der Geschichte nun unter rot-grüner Führung die Hitlerverehrerin Riefenstahl vom Sozialdemokraten Hilmar Hoffmann anpreisen lässt, dann kann sich die Opposition freuen. Die rechtsnationale Wochenzeitung *Junge Freiheit* widmete der Regisseurin zum diesjährigen hundersten Geburtstag gar eine extra Zeitungsbeilage. In einem Interview mit der braunen Postille im August 2002 forderte eben jener Eröffnungsredner Hilmar Hoffmann (gewandter SPD-Kulturpolitiker und ehemaliger Präsident des Goethe-Instituts) sogar, dass „die Frage nach dem cineastischen Genie Riefenstahls und wie es gebraucht bzw. mißbraucht wurde, auseinanderzuhalten“ sei.

Und: „Die meisten Deutschen hatten vom Ausmaß der Judenverfolgung bis 1945 keine konkrete Vorstellung“, also könne die Schlagkraft der Riefenstahlschen Film-Rollen auch kaum „in bezug auf die späteren letalen Exzesse gegen die Juden problematisiert“ werden.

Als sie 1932 Hitler zum ersten Mal begegnete, sei es ihr vorgekommen, „wie eine Halbkugel, die sich plötzlich in der Mitte spaltet und aus der ein ungeheuerer Wasserstrahl herausgeschleudert wurde“. War das bloss eine frühe Inspirationen für spätere Unterwasserdreharbeiten? Oder gar politische Werbung? Der Autor Martin Krauss schreibt 2002 zu den bekannten „arischen“ Olympia-Ästhetik von Riefenstahl:

„Ein nackter, lächerlich auf antik gemachter Diskuswerfer führt langsam seine Wurfbewegung aus. Ähnliche Inszenierungen hat zu dieser Zeit Arno Breker in Stein gehauen, die gleichen Schönheitsideale finden sich bis heute in beinahe jeder Fernsehwerbung für Duschgel – wo's halt um Sauberkeit geht.“

Geschichte wird eben bereinigt, wenn die Schmierschmutz aufweist. Wie bereits 1999 in einer Leni-Riefenstahl-Ausstellung in Potsdam erkennbar war, wirkt die faschistische Ideologie und die davon geprägte kulturelle Produktion geradezu dadurch, dass ein Ewiges, alle Zeiten und Ären transzendentierende „arisches“ Idealbild inszeniert wird. So sind filmische Szenen vom Reichsparteitag oder der NS-Olympiade auch heute wieder populär. Die geplante Provokation der Band Rammstein, die in ihrem Videos zu dem Depeche Mode-Cover „Stripped“ mit Riefenstahl-Samples hantieren, garantierten eine erfolgreiche Sendung auf Musikkanälen, wie MTV oder VIVA.

„Riefenstahls Arbeit ist ein Beispiel für gute Kunst und daher auch nicht politisch codiert“, tönten die Rammstein-Recken im Interview mit dem New Music Express.

„Aus den Nacktszenen der Riefenstahl wurde ein athletischer Striptease-Jingle mit vielen arischen Nackedeis“, schrieb Ulf Poschardt dazu 1999. „Rammsteins trivial-postmodernistische Reinkarnation des Völkischen ist so entweder Marketing-Kindergarten oder der widerliche Boden, auf dem jugendlichen Lynchmorden das Zu-Tode-Prügeln von ‚Nicht-Arischem‘ pop-kulturell geerdet wird.“ Die Wochenschauästhetik ist nun bei den Nazienkeln angekommen, der Rückmarsch der Rechten in das seit den 1960er Jahren links dominierte Jugendkulturgeschäft ist angekommen. Anfang der 1990er Jahre hatten die Neuen Rechten, die sich gesamtdeutsch als „89er“ defi-

niert haben, den Poplinken und Althippies ihren Kulturkampf erklärt. Die gesellschaftliche Hegemonie sollte durch die Verbreitung reaktionärer Ästhetik und Inhalte den imaginären Einfluss links-liberaler Musiksozialarbeiter zurückdrängen und dabei noch irgendwie attraktiv wirken.

„Das ‚Deutsche‘ [bei Rammstein] dient als Chiffre und Symbol des Unheimlichen, auch als ironisches oder provokantes Zitat“, schrieb die *Junge Freiheit* 1996 und versuchte die Ostband so vom Vorwurf des Ewiggestrigen reinzuwaschen. Doch die „Neue Deutsche Härte“ war mit Riesenstahl-Filmen im Gepäck längst auf dem Weg in die Hitparaden. „Rammstein, die Böhnen Onkelz oder Joachim Witt walsern fleißig um die Wette: Man wähnt sich als verfolgte Unschuld, wettert gegen die ‚Nazi-Keule‘, bezichtigt KritikerInnen ‚faschistoider Repressalien‘ (Joachim Witt) und ist, vor Kühnheit zitternd, patriotisch“, so resümierten Daniel Pagórek und DJ Kersten vor zwei Jahren. Die kalte Ästhetik der Riesenstahl ist rechtes Kulturgut geworden bzw. geblieben.

Zu Ehren des 100. Geburtstags von Riesenstahl gab der „Verlag + Agentur Werner Symanek (VAWS)“ im August 2002 einen Musiksamler heraus. Zur Release-Party in München spielte die Gothic-Band „Von Thronstahl“ vor dem Konterfei der Regisseurin. Bereits 1996 erschien bei Symanek (VAWS) ein Riesenstahl-Sampler mit düsterer Musik von „Death in June“, „Forthcoming Fire“, „Allerseelen“ und „Strength Through Joy“ (!). Die Doppel-CD mit Buchbeilage war von Josef Klumb zusammengestellt, Sänger der von „Forthcoming Fire“, der in der neurechten *Jungen Freiheit* und im Musikmagazin *Zillo* bereits eindeutige Interviews zum Thema nationalsozialistische Ästhetik gegeben hat. Das Musiklabel VAWS will mit der Riesenstahl schliesslich auch Geld machen, und so war es 1994 und 1996 auf dem „Zillo“-Festival mit einem Stand vertreten und 1998 sogar auf der Kölner Musikmesse „Popkomm“, was dem VIVA-Manager Gorny zwar nicht passt, er aber dennoch duldet. Denn wenn NS-Propaganda remixed erfolgreich im Musikfernsehen läuft, dann wird das Deckmäntelchen des politisch Korrekten gerne fallen gelassen.

„Wieviel Riesenstahl in unserer Kultur spukt, in der Werbung, den Sport-Inszenierungen, im Spielfilm, von den bewusst mit den Faschismen spielenden Tabuverstößen im Pop ganz zu schweigen, das ist am allerwenigsten ein Beweis für die Harmlosigkeit dieser Ästhetik. Es ist vielmehr einer jener Anlässe, bei denen es einem vor der eigenen Kultur grauen kann.“

Georg Seeflön im Oktober 2002

Bonner Bündnis / Berliner Verhältnisse (AO) c/o Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, D-53111 Bonn

Aktionsbündnis „Soziales Göttingen“. GÖTTINGEN. Auf Einladung des „Runden Tisches Armes Göttingen“ und der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtverbände trafen sich am 18. November Einrichtungen aus dem Sozial- und Gesundheitswesen – vom Paritätischen über die Straßensozialarbeit und das Deutsche Rote Kreuz bis zur Bahnhofsmission. Sie streben an, dass das Jahr 2003 in Göttingen das „Jahr der sozialen Einrichtungen“ wird, die sozialen Einrichtungen sollen verdeutlichen, wie arm die Stadt ohne das soziale Netz ist. In fünf Arbeitsgruppen arbeiteten die TeilnehmerInnen des Treffens an inhaltlichen Aussagen, Aktionsbeispielen, den Folgen der Umsetzung des Hartz-Papiers sowie einem weitreichenden Plan zur Öffentlichkeitsarbeit. Höhepunkt der Kampagne wird der internationale Tag der Armut am 17. Oktober 2003 sein. Für den 22. Januar 2003 haben sich die VertreterInnen der Einrichtungen wieder verabredet – und sie gehen davon aus, dass es dann 30 bis 40 Einrichtungen sein werden, die den berechtigten Protest gegen die Streichungen im Sozial- und Gesundheitswesen mittragen werden. www.goettinger-blaetter.de

Papier statt Gedenkstein. BELZIG, BRANDENBURG. Mit einem Trick der SPD-Fraktion ist am 9.12.02 die erwartete Entscheidung über die vom Verein „Belziger Forum“ beantragte Errichtung eines Gedenksteins für den marokkanischen Asylbewerber Belaid Baylal verhindert worden. Fraktionschef Gerd Ulbrich beantragte, die Stadtverwaltung mit der Erarbeitung eines Konzepts zum Umgang mit den bereits existierenden fünf Gedenkstätten in der Stadt zu beauftragen. Es wäre möglicherweise besser, eine zentrale Gedenkstätte „Die Toten mahnen“ zu schaffen, so Ulbrich. Nur die PDS-Fraktion sprach sich eindeutig für die Aufstellung des Steins auf dem Areal der vorhandenen Gedenkstätte an der Post aus. Keine Stellungnahme gab es von den Vertretern der CDU/FDP-Fraktion und der Fraktion der Parteilosen. Zwar war es in nicht öffentlicher Sitzung des Haupptausschusses am 25. November zu hitzigen Debatten über das „heikle Thema“ gekommen, doch war davon in der öffentlichen Aussprache wenig zu spüren. Da laut Geschäftsordnung der Antrag der SPD-Fraktion weitergehender als der vorliegende zur Errichtung des Gedenksteins ist, kam letzterer erst gar nicht zur Abstimmung. Bis Ende März, so der von Bürgermeister Peter Kiep konkretisierte Termin, muss die Stadtverwaltung nun ein Konzept zum künftigen Umgang mit den Belziger Gedenkstätten vorlegen. Unverrichteter Dinge zogen Initiatoren und Sympathisanten des Gedenksteins, darunter Professor Götz Dieckmann, Koordinator gegen Gewalt und

Rechtsextremismus, der Rietzer Maler Walter Lauche und Ramona Stucki vom Info-Café, aus dem Ratssaal.

www.inforiot.de

Antidiskriminierungs-Satzung.

FRANKFURT A.M. Der am 5. Dezember 2002 tagende Ausschuss für Immigration und Integration des Stadtparlamentes hat beschlossen, die Arbeit an der Antidiskriminierungs-Satzung wieder aufzunehmen. Damit folgt der Ausschuss einem Vorschlag der kommunalen Ausländervertretung (KAV). Das Thema wird schon seit 1993 diskutiert. Der Entwurf der Satzung wurde 1997 der Magistratskommission für Gleichberechtigung und Integration vorgelegt und dort mehrheitlich beschlossen. Im Juni 2000 kam es zum Stillstand, weil einige Fragen nicht geklärt werden konnten. Gegen den Vorschlag stimmten CDU und „Republikaner“. Die Hauptargumente waren, dass die Satzung nichts ändern würde, da das öffentliche Recht den Bereich bereits abdecke, und es in absehbarer Zeit Gesetze von höherer Stelle geben würde. Die Europäische Union habe Richtlinien gegen die Diskriminierung erlassen, die noch nicht internationales Recht umgewandelt wurden. Befürwortet wurde der Vorschlag von SPD, Grüne, FAG und Europäischer Liste. Sie konterten, dass die EU-Richtlinien die lokale Satzung nicht überflüssig machen. Gerade Frankfurt, als Stadt mit der höchsten Ausländerquote in Deutschland, brauche die Signalwirkung für die Betroffenen. Die FDP stimmte für den Vorschlag. Sie lehnte jedoch den Termin ab, die Satzung bis Ende März 2003 zu beschließen. FR

Gedankenaustausch mit Migrantenvereinen. AUGSBURG. Einen regelmäßigen Gedankenaustausch vereinbarten die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und VertreterInnen von Migranten-Vereinen bei einem ersten Gespräch im Rathaus, zu dem Grünen-Stadtrat Cemal Bozoglu eingeladen hatte. Bürgermeisterin Eva Leipprand betonte bei ihrem Grußwort, dass der Ausländerbeirat durch die Zuordnung zum Oberbürgermeister aufgewertet wurde. Grünen-Fraktionsvorsitzender Dieter Ferdinand wies darauf hin, dass das Regenbogen-Bündnis deutlich gegen fremdenfeindliche Tendenzen Stellung nehmen werde. Ziel sei ein breites Bündnis für Toleranz, Menschenwürde und Weltoffenheit. Die Arbeit des Ausländerbeirates sei bereits aufgewertet worden, der Beirat habe nun Beratungsrecht in Ausschüssen und Stadtrat. Bei der engagierten Diskussion wurden viele alltägliche Probleme behandelt. Abschließend wurde ein halbjährliches Treffen vereinbart.

Berichte Augsburg
Zusammenstellung: baf

Die öffentliche Hand wird sich öffnen müssen

Die Arbeitgeber in Bund, Ländern und Gemeinden werden mit ihrem Versuch, die Klemme der öffentlichen Haushalte auf dem Wege der Lohnsenkung zu lösen, nicht durchkommen. Die Aktionsmöglichkeiten der Gewerkschaft sind beachtlich. (Wir dokumentieren die Zusammenstellung der warnenden Aktivitäten allein der letzten Woche, verdi.de). Neben der Lohn- und Gehaltsfrage, die im Zentrum steht, machen die Warnstreiks gleichzeitig die Bedeutung der öffentlichen Dienstleistungen klar. Unklar bleibt, was sich die Arbeitgeberseite angesichts der niedrigen Forderung eigentlich von weiterem Herumzocken verspricht. Treibt sie verdi in den Erzwingungsstreik, wird es bloß noch teurer. Gelänge es – wider Erwarten – die Tarife im öffentlichen Dienst von der allgemeinen Einkommensentwicklung abzukoppeln, würde es schwierig, Leute für den öffentlichen Dienst zu finden.

Steht mithin für die breite Öffentlichkeit in diesen Tagen auch zur Debatte, ob man qualifizierte öffentliche Dienste zu schätzen weiß und erhalten will, stellt sich im Bereich Handel eine Gerechtigkeits- und Solidaritätsfrage: Kann, will, soll man von den Beschäftigten in diesem Bereich verlangen, was man für sich selbst nicht wollte?

Tausende auf den Straßen für höhere Einkommen im öffentlichen Dienst

Dienstag, 17. Dezember 2002: FRANKFURT AM MAIN: Am Rhein-Main-Flughafen treten rund 2.000 Beschäftigte des Sicherheitsdienstes, des Bodenpersonals und der Feuerwehr in den Ausstand. Mehr als 160 ankommende und abgehende Flüge werden deshalb gestrichen. **DÜSSELDORF:** Rund 500 Beschäftigte des Flughafens sorgen dafür, dass bis 8 Uhr keine Maschine dort abhebt. Um 7 Uhr verspricht der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske den Versammelten, ihre Entschlossenheit in die morgigen Tarifverhandlungen mitzunehmen. **MÜNCHEN:** Wegen des Warnstreiks von ver.di fallen auf dem Franz-Josef-Strauß-Flughafen bis zum Mittag außer ankommenden Interkontinental-

flügen alle planmäßigen Verbindungen aus. **NORDRHEIN-WESTFALEN:** Flächendeckend ruht der öffentliche Nahverkehr. In mehr als 70 Städten und Gemeinden beteiligen sich rund 30.000 Beschäftigte öffentlicher Betriebe und Verwaltungen an den Warnstreiks. Zu den Schwerpunkten zählen Köln, Hagen, Düsseldorf, Duisburg und Essen. **BADEN-WÜRTTEMBERG:** Rund 600 Busse und 240 Straßen- und Stadtbahnen bleiben in den Depots. Schwerpunkte sind Baden-Baden, Esslingen, Freiburg, Heilbronn, Karlsruhe, Pforzheim, Stuttgart und Ulm. Die Bodensee-Fähre zwischen Konstanz und Meersburg nimmt bis 8 Uhr keine Autos und Personen auf.

Montag, 16. Dezember 2002: MÜNCHEN: Busse und Bahnen bleiben den ganzen Tag in den Depots. Ungeleert bleiben auch die Müllheimer stehen. Im ZDF-Morgenmagazin erklärt ver.di-Bezirksgeschäftsführer Heinrich Birner, verfehlte Steuerpolitik dürfe nicht zu Lasten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gehen. Jede/r von ihnen zahle mehr Steuern als die sieben größten Konzerne in der Stadt. **BERLIN:** Von 6 bis 10 Uhr bleiben die meisten städtischen Kitas geschlossen. Vor dem Roten Rathaus demonstrieren etwa 3.000 Erzieherinnen, Lehrer, Polizisten und Feuerwehrleute. „Wir wissen genau, dass gute Bezahlung und Ausstattung die Grundlage für eine gute Betreuung sind“, sagt Klaus-Dieter Hinkelmann, Vorsitzender des Landeselternauschusses der Kitas. Auch die etwa 3.000 Mitarbeiter/innen der Berliner Stadtreinigung beteiligen sich an den Warnstreiks. Die Straßenreinigung indes ist vom Streik ausgenommen und bleibt zum Streuen bereit: „Bei allem Protest – durch die Aktionen soll den Berlinern keine Gefahr entstehen“, betont der Gesamtpersonalratsvorsitzende Wolfgang Biernath. **NIEDERFINOW:** Schotten dicht am Schiffshebewerk. **HAMBURG:** Von 6 bis 9 Uhr bleibt der Alte Elbtunnel verschlossen. Auch in der Hamburger Münze bleibt bis dahin die Arbeit liegen. Zeitgleich streiken rund 80 Schulhausmeister. Allerdings haben sie wegen der Glätte erst die Schulhöfe und Wege gestreut. **FRANKFURT AM MAIN/OFFENBACH/WIESBADEN/RÜSSELSHEIM:** Im Rhein-Main-Gebiet stehen Busse und Straßenbahnen. **GIESEN:** Alle 46 Stadtbusse bleiben von 4.30 Uhr bis 8



GUTEN TAG, LIEBE KUNDINNEN UND KUNDEN!

ALS BESCHÄFTIGTE IM EINZELHANDEL SIND WIR GERNE FÜR SIE DA – ABER NICHT AN ALLEN SAMSTAGEN BIS 20 UHR, WIE ES DEM BUNDESKANZLER PLÖTZLICH VORSCHWEBT.

Erhard Schröders Vorstoß, das Ladenschlussgesetz zu ändern, ist wirtschaftlich völlig unsinnig und total unsozial. Er versucht damit, sich in der Öffentlichkeit und bei Ihnen lieb Kind zu machen. Aber fallen Sie darauf herein?

- Wir wissen, dass längere Ladenöffnung einen hohen Preis hat:

Zum letzten Mal sind die Verkaufszeiten vor sechs Jahren verlängert worden. Versprochen wurden damals ein Jobwunder und eine Umsatzexplosion. Nichts davon ist eingetroffen. Im Gegenteil.

- Wir sind gerne für Sie da, aber in der Mitte teilen können wir uns nicht.

Unsere Belegschaften sind ständig ausgedünnt worden. Jahr für Jahr werden zwischen 30.000 und 40.000 Stellen im Handel abgebaut. Mal ehrlich, das merken Sie doch auch, wenn Sie Bedienung und Beratung suchen oder ewig lange an den Kassen stehen...

• Wir sind gerne für Sie da, doch auch wir haben ein Recht auf Freizeit und Wochenende.

Gemeinsame freie Zeit? Schön wär's... Für viele Einzelhandelsbeschäftigte ist es schwierig genug, sich mit Freunden zu verabreden, Zeit mit der Familie zu verbringen oder einfach nur zu relaxen.

Geht der Ladenschluss an allen Samstagen im Jahr auf 20 Uhr, ist das Wochenende so richtig kaputt. Was würden Sie sagen, wenn Sie in Einzelhandel arbeiten müssten?

• Wir sind gerne für Sie da, aber wir merken tagtäglich, dass jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann.

Längere Öffnungszeiten sollen angeblich als Konjunkturmotor wirken. Wer diesen Unsinn verbreitet, sollte erst einmal das Geheimnis lüften, wie sich fehlende Kaufkraft in mehr Umsatz verwandeln lässt.

verdi

• Den Kunden fehlt das Geld, nicht die Zeit zum Einkaufen!

Wir sind gerne für Sie da, aber wir lassen uns von der Politik und von unseren Arbeitern nicht für dumm verkaufen. Der Wettbewerb im Handel ist weder frei noch fair, denn seit langem herrscht das Gesetz „Jeder gegen Jeden“. Aus der Konkurrenz von Kaufleuten ist ein Vernichtungskampf von Konzernen geworden, ist der erbittert geführt wird.

• Das Ladenschlussgesetz ist in erster Linie ein Gesetz zum Schutz der Beschäftigten. Das kann man nicht ohne Folgen für Alle kaputt machen.

Die Gewerkschaften haben in harten Auseinandersetzungen das lange Wochenende durchgesetzt. Die Einzelhandelsbeschäftigen haben sowieso nur ab und zu samstags frei und auch das haben wir mühsam in Tarifverträgen erkämpft. Selbst das wollen uns die Arbeitgeber im Einzelhandel kaputt machen.

• Es geht um einen Generalangriff auf die Freizeit der Arbeitnehmer.

Wenn die Beschäftigten im Einzelhandel immer mehr rund um die Uhr eingesetzt werden, dann sind auch andere Wirtschaftsbereiche dran – Verwaltung, Industrie, Dienstleistungen.

UNTERSTÜTZEN SIE DIE BESCHÄFTIGTEN IM EINZELHANDEL!

WOCHE OHNE ENDE? SCHLUSS JETZT!

verdi

Uhr im Depot. POTSDAM: Rund 500 Beschäftigte der Verkehrsbetriebe lassen die Arbeit ruhen. COTTBUS: Mehrstündiger Warnstreik bei der Müllabfuhr. HEIDELBERG: Der Nahverkehr ruht für mehrere Stunden. STUTTGART: Rund 900 Beschäftigte der vier städtischen Krankenhäuser legen die Arbeit für drei bis vier Stunden nieder. Zwischen 12 und 14 Uhr versammeln sich rund 700 Beschäftigte der Müllabfuhr, des Tiefbau- und des Arbeitsamtes zur Streikkundgebung. Zugleich treffen sich etwa 600 Streikende aus Stadtverwaltung, Staatstheater und Statistischem Landesamt im DGB-Haus. WAIBLINGEN: Rund 200 Beschäftigte aus Stadtwerken und Kindergärten, Stadtverwaltung und Krankenhäusern ziehen zum Rathaus. Bernd Frimmel vom Betriebshof sagt: „Eine Nullrunde heißt doch: Wir haben weniger in der Tasche“, dabei verdienten Arbeiter im öffentlichen Dienst sowieso schon recht wenig.

Sonntag, 15. Dezember 2002: ULM: Im Theater muss das Publikum wegen des Warnstreiks des handwerklichen und technischen Bühnenpersonals eine halbe Stunde auf den Beginn der Vorstellung „A Christmas carol“ warten. „Das Verständnis für die arbeitenden Menschen hinter der Bühne war auffallend groß“, freut sich ver.di-Bezirksgeschäftsführerin Maria Winkler.

Samstag, 14. Dezember 2002: NÜRNBERG/FÜRTH: Zwischen 4 und 11 Uhr bleiben 75 U-Bahnen, 256 Busse und 62 Straßenbahnen in den Depots. 200 Beschäftigte des Nahverkehrsunternehmens VAG sind im Warnstreik.

Freitag, 13. Dezember 2002: KIEL: Etwa 30 Krankenschwestern, Pfleger, Krankengymnasten und Verwaltungskräfte des Universitätsklinikums protestieren im Rahmen einer „aktiven Mittagspause“. RÜSSELSHEIM: Morgens demonstrieren bei minus sechs Grad rund 400 Beschäftigte von Verwaltung, Betriebshöfen, Altenheim, Fachhochschule und staatlichem Schulamt sowie erstmals auch von der Kreissparkasse vor dem Rathaus. Abends fängt eine Musical-Vorstellung eine halbe Stunde später an, weil sieben Techniker den Feuerschutzvorhang herunter gelassen haben. SCHWERIN: Rund 3.000 Teilnehmer/innen einer landesweiten Demonstration der Gewerkschaften ver.di, GdP und GEW fordern vor der Staatskanzlei die zügige Angleichung an die Westlöhne.

Donnerstag, 12. Dezember 2002: BREMERHAVEN: Rund 200 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wenden sich gegen die Blockadehaltung der Arbeitgeber im Tarifstreit. Der ver.di-Geschäftstellenleiter Volker Leineweber sagt: „Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind nicht bereit für eine verfehlte Steuer-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik als Prügelknaben der Nation herzuhalten und erneut von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt zu werden.“ MANHEIM: Zum Klang von Trillerpfeifen und Rätschen singen gut 500 Be-

schäftigte ein bitteres Klagelied: Jahrelang habe man nun das Streichkonzert der Arbeitgeber verfolgt, jetzt wollen die Stadtreiniger und Müllwerker, die Krankenschwestern und Bürgerdienstler endlich mal mehr Bank-Noten sehen. „Drei Prozent plus X“ ist die Partitur, nach der die öffentliche Hand zum Öffnen des Geldbeutels in der laufenden Tarifrunde dirigiert werden soll. MAGDEBURG: Rund 700 Beschäftigte kommen zur Kundgebung auf dem Domplatz.

Mittwoch, 11. Dezember 2002: BERLIN: Rund 5.300 Beschäftigte aus Verwaltungen und Betrieben, von Feuerwehr, Schulen und Polizei kommen trotz eisiger Kälte zur Kundgebung am Fehrbelliner Platz. Berlins ver.di-Geschäftsführer Roland Tremper kündigt an, die Gewerkschaft werde keinen tarifpolitischen Berliner Sonderweg zulassen. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske sagt: „Es ist an der Zeit, für den Osten einen verbindlichen Termin zu markieren, wann die Tarife auf Westniveau angekommen sind.“ WIESBADEN: Etwa 300 Beschäftigte des Nahverkehrs, der Müllabfuhr, von Krankenhäusern und Behörden sind im Warnstreik. GELNHAUSEN/SCHLUCHTERN: Rund 250 Beschäftigte von Kreis- und Stadtverwaltung, Kliniken, Straßenbauamt, Gas- und Elektrizitätswerken beteiligen sich an den Aktionen. AMBERG: Mit zweistündigen Warnstreiks vor den Kasernentoren machen jeweils rund 30 Zivilbeschäftigte von Leopold- und Schweppepermankaserne deutlich, dass sie „Null Bock auf eine Nullrunde“ haben.

Dienstag, 10. Dezember 2002: HAMBURG: Rund 1.000 Beschäftigte von Stadtreinigung, Betriebshöfen und Ämtern legen für drei Stunden die Arbeit nieder. LÜBECK: Busse des Stadtverkehrs fahren nicht mehr, Müllwerker und Straßenkehrer unterbrechen ihre Arbeit. Um 9 Uhr ist Kundgebung am Zentralen Omnibusbahnhof. SCHWERIN: ver.di-Mitglieder demonstrieren vor der Ausfahrt des Straßenbahndepots bei der Nahverkehr GmbH. FRANKFURT AM MAIN: Fahrzeuge der Müllabfuhr und der Straßenreinigung bleiben stehen. Wegen des Warnstreiks von 1.150 Beschäftigten macht auch die Müllverbrennung eine Zwangspause. THÜRINGEN: Rund 1.350 Beschäftigte aus kommunalen und Landesämtern, Bauhöfen, Stadtentsorgung, Bundeswehr, Sparkassen und Autobahnmästereien in neun Städten beteiligen sich am ersten Warnstreik im Lande. ZWICKAU: 500 Beschäftigte des Grünflächenamtes lassen die Arbeit liegen. MÜNCHEN: Die Ludwigstraße zwischen Odeonsplatz und Finanzministerium ist vollgestellt mit städtischen Fahrzeugen der Straßenreinigung, des Gartenbaus, der Stadtentwässerung, der Straßenbeleuchtung und der Feuerwehr. Rund 200 Dienstfahrzeuge mit gelbem und blauem Signallicht bilden die Kulisse einer Protestveranstaltung von rund 1.200 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Bündnis für Arbeit soll erweitert werden. – HB, Mittwoch, 4.12.2002. – Nach Kanzler Schröders Vorstellungen soll das Bündnis für Arbeit durch Konzernchefs und Wissenschaftler erweitert werden. Die Wirtschaftsverbände fürchten um ihren Einfluss. BDI-Sprecher A. von der Hagen gibt zu bedenken, „dass auch bekannte Manager nicht gegen die Interessen ihrer Firmen verstößen können.“ Sie seien deshalb als politische Berater „nur bedingt objektiv.“

Bundeskabinett beschließt längere Ladenöffnungszeiten. – HB, Donnerstag, 5.12.2002. – Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) begrüßte die Entscheidung des Bundeskabinetts, an Samstagen die Läden künftig bis 20 Uhr statt bislang bis 16 Uhr zu öffnen. Er hatte den Gesetzgeber vor wenigen Tagen aufgefordert, die geplante Änderung des Ladenschlussgesetzes in einem Eilverfahren zu beschließen, um ein positives Signal für die Konsumstimmung in Deutschland zu setzen. Das Gesetz tritt voraussichtlich erst zum 1.4.2003 in Kraft.

Industrie verlangt Eigenkapitaloffensive. – FAZ, Mittwoch, 11.12.2002. – Der BDI spricht sich für die Verbesserung der Eigenkapitalbildung der Unternehmen aus. Dazu sei eine nachhaltige Entlastung von Steuern und Abgaben nötig, um die Möglichkeiten zur Wiederanlage von Erträgen zu verbessern, so BDI-Präsident M. Rogowski. Angesichts der bedrohlich niedrigen Eigenkapitalquote im Mittelstand sei eine Offensive nötig.

Deutsche Wirtschaft plädiert für Türkei-Beitritt zur EU. – BDI-Präsident M. Rogowski ist für baldige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Für die deutsche Industrie sei die Türkei ein „strategischer Partner von großem Gewicht“. Bislang erfülle die Türkei allerdings weder die politischen noch die wirtschaftlichen Beitrittsvoraussetzungen. Er erwarte von der türkischen Regierung deshalb einen konsequenten Reformkurs, der auch Privatisierungen einschließen müsse. Die deutsche Industrie setze sich „ohne Wenn und Aber“ dafür ein, dass auf dem Kopenhagener Gipfel Beschlüsse für eine weitere Annäherung der Türkei gefasst würden. Die Türkei und die EU sollten bald einen gemeinsamen Wirtschaftsraum bilden. Vorbild könnte der gemeinsame Wirtschaftsraum EWR bilden, der schon Österreich, Schweden und Finnland den Weg in eine Vollmitgliedschaft geebnet habe. Von der EU-Osterweiterung könnten viele deutsche Unternehmen profitieren.

Presseauswertung: rst

Mit einem „Prignitzer Appell“ wenden sich Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus der Prignitz (Land Brandenburg) an die Bundesregierung mit der dringenden Bitte, sich nicht – auch nicht indirekt – in einen Krieg gegen den Irak hinein ziehen zu lassen.

Die 38 Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner sind Bürgermeister, Stadtverordnete, Kreistagsabgeordnete, sie sind in Ortsbeiräten oder sachkundige Einwohner. „Wir verstehen den Prignitzer Appell auch als Gesprächsangebot“, erklärt einer der Sprecher, Hartmut Winkelmann (PDS), sachkundiger Einwohner der Stadtverordnetenversammlung Pritzwalk. „Wir wollen damit erreichen, dass die Diskussion um die deutsche Rolle, einen Krieg gegen den Irak zu verhindern, zunimmt. Wenn wir bis Weihnachten 500 Unterschriften haben, ist unser Appell ein Erfolg, wenn es tausend sind, ist das eine überwältigende Zustimmung“. (PM PDS)

Offener Brief kommunaler Abgeordneter an den Bundeskanzler

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Gerhard Schröder,
im öffentlichen Verständnis sind kommunale Abgeordnete für die Probleme vor Ort zuständig – in den Gemeinden, Städten oder Kreisen – und die Bundesregierung für das „große Ganze“, wozu auch die Außenpolitik gehört. In den letzten Jahren haben wir jedoch immer mehr die Erfahrung gemacht, dass diese Arbeitsteilung so nicht stimmt, dass Entscheidungen, die oben getroffen werden, in vielfacher Hinsicht kommunale Belange direkt berühren. Dies gilt für die Steuer- und Finanzpolitik, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und vieles mehr.

Wir kommunalen Abgeordneten haben uns jetzt vorgenommen, uns nunmehr auch in das „große Ganze“, auch in die Außenpolitik einzumischen und uns dafür das Motto Ihres namhaften sozialdemokratischen Vorgängers im Amt, Willy Brandt, zu eigen gemacht: „Frieden ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Sie haben im Wahlkampf unmissverständlich klar gestellt: Deutschland wird sich an einem Krieg gegen den Irak nicht beteiligen. Viele von uns gehören der älteren Generation an und wissen aus eigenem Erleben, was Krieg bedeutet. Und auch den Jüngeren stehen die täglichen Fernsehbilder von Krieg, Gewalt und Not vor Augen. Deshalb wahren wir – unabhängig der parteipolitischen Orientierung – durch Ihre Aussage beruhigt. Nun lesen wir täglich, welch hoher Druck von amerikanischer Politik auf Deutschland ausgeht und wissen, dass auch CDU und FDP es gern

sehen würden, dass die Bundesregierung von dieser Aussage abrückt. Wir bitten Sie, dies nicht zu tun und Deutschland nicht – auch nicht indirekt – in einen Krieg hinein ziehen zu lassen.

Wir sind kommunale Abgeordnete in den neuen Bundesländern, die Mehrheit von uns ist in diesem Teil Deutschlands aufgewachsen. Deswegen werden Sie verstehen, dass neben dem Grundgesetz für uns der Zwei-plus-Vier-Vertrag eine besondere Bedeutung hat. In diesem Vertrag, der die Einheit und volle Souveränität Deutschlands im September 1990 besiegelte, bekräftigten beide deutschen Staaten die Erklärung, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.“

Prignitzer Appell

Wir, die UnterzeichnerInnen, appellieren an die Bundesregierung,

- den Vereinigten Staaten für den Fall eines Krieges gegen den Irak keine Überflugrechte für Militärflugzeuge über deutsches Territorium zu gestatten und ebenfalls nicht zuzulassen, dass amerikanische Militärbasen in Deutschland für den Krieg genutzt werden.
- ein deutliches Zeichen gegen den Krieg zu setzen und die ABC-Spürpanzer aus dem Kuwait zurück zu ziehen.

Thomas Domres (MdL), SVV Perleberg; Karl-Heinz Brüdigam, SVV Wittenberge; Manfred Löchel, SVV Pritzwalk; Horst Maudrey, SVV Perleberg; Rainer Mattstedt, SVV Putlitz; Gisbert Rosenau, SVV Wittenberge; Anke Brandes, SVV Lenzen; Angelika Riesen, SVV Lenzen; Manuela Rumsch, SVV Lenzen; Hans-Otto Rücker, SVV Perleberg; Ralf Pomorin, KT Prignitz; Lutz Behrendt, KT Prignitz; Klaus Herpich, SVV Perleberg; Margrit Puls, KT Prignitz; Wolfgang Strutz, KT Prignitz; Roland Weber, KT Prignitz; Harri Schulz, Bürgermeister Wolfshagen; Dietrich Rupertus, GV Gumtow; Hans-Otto Dürwet, Ortsbeirat Karstädt; Siegfried Kramke, SVV Wittenberge; Manfred Pawelka, SVV Putlitz; Rainer Ramin, SVV Perleberg; Manfred Tiede, SVV Meyenburg/KT Prignitz; Herbert Fuchs, skE SVV Pritzwalk; Sieglinde Paris, SVV Pritzwalk; Marita Linack, SVV Pritzwalk; Manfred Specht, SVV Pritzwalk; Hartmut Winkelmann, skE SVV Pritzwalk; Helga Winterfeldt, SVV Wittenberge; Gerhard Plack, GV Falkenhagen; Ulrich Kirschnick, SVV Wittenberge; Barbara Raatz, SVV Perleberg; Reiner Janek, GV Breese; Manfred Riske, GV Retzin; Renate Klickow, skE KT Prignitz; Erich Lüffe, OBeir. Dannenwalde; Ingeborg Fischer, OBeir. Demerthin; Manfred Großmann, Bürgermeister Kemnitz

Kontakt und Adresse für Unterschriften: PDS-Fraktion Perleberg, c/o Ramona Dittrich, Bäckerstraße 21, 19348 Perleberg

Sylvia-Yvonne Kaufmann auf dem Friedensratschlag, Kassel, 7. Dezember 2002

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,
auf die mir gestellte Frage: „Welchen Beitrag leistet der Europäische Konvent, um in der künftigen Verfassung der Europäischen Union die Gemeinschaft als ‘Friedensmacht’ zu verankern“, könnte ich mir die Antwort einfach machen und sagen: Bislang keinen wirklichen – eine Konzeption „Friedensmacht Europa“ ist kaum erkennbar. Die bisherigen Zwischenergebnisse spiegeln eher weitgehend das wieder, was wir gemeinhin unter „Militarisierung der Europäischen Union“ verstehen.

Aber ich will es mir nicht zu einfach machen, denn im Konvent gibt es – wie im normalen Leben zwischen Himmel und Erde – nicht nur die Farben Schwarz und Weiß. Ich bin Mitglied der Arbeitsgruppe VIII „Verteidigung“, die eigentlich gar nicht Verteidigung (Defense) heißen dürfte. Denn: die territoriale (Landes)verteidigung der EU ist bislang nur Thema am Rande. Treffender wäre die Bezeichnung AG „Out of Area-Einsätze“!

Arbeitsgegenstand der AG Verteidigung ist die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) – oder, genauer gesagt das, was als „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ in die EU-Verfassung hineingeschrieben werden soll. Ich möchte hier heute auf folgende Fragen eingehen:

1. einige zentrale Diskussionspunkte im Konvent darstellen,
2. meine Positionen dazu erläutern und zur jüngsten deutsch-französischen Initiative im Konvent einige Anmerkungen machen.

(...)

2. Meine Vorschläge im Konvent

Die Arbeitsgruppe Verteidigung hat am 21. November ein erstes vorläufiges schriftliches Resümee gezogen (WD 22). Meine alternativen Positionen dazu habe ich ausgehend von meinen Vorstellungen für ein europäisches Sicherheitskonzept eingebracht. Ich möchte Sie hier zusammengefasst vorstellen.

Ich sehe die zentrale Aufgabe der ESVP darin, für die EU, die selbst ein Beispiel der Krisenverhütung mit friedlichen Mitteln ist, für ihre Mitgliedstaaten und weltweit Frieden und Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten. Das ist aber nur realistisch, wenn die ESVP auf dem Konzept einer globalen, gemeinsamen und umfassenden Sicherheit beruht, die durch eine auf den Prinzipien Gleichheit, Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit beruhende Zusammenarbeit erreicht wird und die Kooperation, vertrauensbildende Maßnahmen, Transparenz, schrittweise Abrüstung, Konversion und Entmilitarisierung voraussetzt.

Im folgenden Beitrag beschreibt Sylvia-Yvonne Kaufmann ihre Arbeit im Europäischen Konvent, der eine neue Verfassung für die Europäische Union ausarbeiten soll. Sie ist dort Mitglied in der Arbeitsgruppe VIII „Verteidigung“. Ihr Vortrag bei Friedensratschlag in Kassel am 7. Dezember dieses Jahres bestand aus drei Teilen. Wir drucken unten den zweiten Teil ab, der sich mit ihren Vorschlägen inner-

halb der AG befasst. Im ersten Teil stellt sie die bisherigen Diskussionspunkte innerhalb der AG dar. Nach ihrer Auffassung gehen die Formulierungen für die neue Verfassung in Richtung einer zunehmenden „Militarisierung der EU“. Dagegen stellt sie die hier nun abgedruckten Gegenvorschläge für die neue EU-Verfassung. (hav)

Friedensmacht Europa? Welchen Beitrag leistet dazu der Europäische Konvent?

Dies macht es erforderlich, von dem militärisch dominierten Sicherheitskonzept auf ein ziviles Sicherheitssystem überzugehen, das die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen, ethnischen und kulturellen Ursachen von Konflikten berücksichtigt. Es muss einen präventiven Ansatz verfolgen, um die Ursachen vorhersehbarer und akuter Konfliktsituationen in und außerhalb Europas entschlossen zu bekämpfen, bevor sie in bewaffnete Gewalt umschlagen. Zu den entscheidenden Aspekten der Krisenverhütung gehören

- die Beseitigung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichgewichte,
- Stärkung der Demokratie,
- Schutz der Menschenrechte sowie der Minderheitenrechte in Europa und weltweit.

Den geeignetesten Rahmen für ein umfassendes europäisches Sicherheitssystem stellt die OSZE dar. Es sollte deshalb zu den zentralen Pfeilern der ESVP gehören, die OSZE auszubauen.

Frieden und Sicherheit sowie Stärkung ihrer internationalen Positionen erreichen die EU und ihre Mitgliedstaaten meines Erachtens dann, wenn sie auf ihre wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Stärke, auf die Werte ihrer Zivilgesellschaften und auf ihre historisch gewachsenen Auslandsbeziehungen und nicht auf vorrangige Stärkung ihrer militärischen Fähigkeiten und Rüstungspotentiale setzen. Es wäre verhängnisvoll, wenn sie sich an einem Rüstungswettlauf mit den USA beteiligen.

Leider finden derartige Überlegungen in den vorläufigen Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe Verteidigung vom 21. November so gut wie keine Berücksichtigung. Die ESVP wird dort fast ausschließlich militärisch definiert, zivile Konfliktbearbeitungsstrategien und Konfliktprävention hingegen sind absolut nachgeordnet. Auch eine klare Verpflichtung der EU auf Abrüstung, Konversion und Rüstungskontrolle sucht man oder frau vergebens.

Ich bin für die europäische Integration. Aber um sie voranzubringen, benötigt Europa weder globale Kriegsführungsfähigkeiten und eine weltweit agierende Interventionstruppe noch den Einstieg in eine Rüstungsspirale. Für ein friedliches Europa, das sich an geltendes Völkerrecht gebunden fühlt, ist eine ausdrückliche Verpflichtung auf die UN-

Charta unverzichtbar. Für ein wirklich friedensbewahrendes Europa, das zudem auf jegliche militärische Machtprojektion nach außen verzichtet, ist außerdem die Aufnahme kriegsverbietender und friedensverpflichtender Bestimmungen in den Verfassungsvertrag zwingend geboten.

Deshalb habe ich folgende Forderungen im Hinblick auf die Verfassung gestellt:

1. Aufnahme einer Friedensverpflichtung der EU in den Verfassungsvertrag.
2. Aufnahme der Verpflichtung für die EU, Geist und Buchstaben der UNO-Charta einzuhalten.
3. Fixierung des ausnahmslosen Verbots von Angriffs- und Präventivkriegen sowie der Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen.
4. Ausbau der Zusammenarbeit mit der OSZE als zentrale Säule der GASP und der ESVP.

In der Arbeitsgruppe gab es faktisch keine Debatte darüber, ob und wenn ja, wie, die Sicherheit der EU militärisch bedroht sei. Es wurde lediglich konstatiert, die EU sei bedroht. Es gebe eine „globale Unsicherheit“, „Konflikte außerhalb der EU“ und insbesondere seit dem 11. September das Problem des Terrorismus.

Im Berichtsentwurf der Arbeitsgruppe erfolgt weder eine geographische Lokalisierung der Gefährdung der EU noch werden konkrete Konflikte und ihr unmittelbares militärisches Bedrohungspotential benannt. Auch wie die Konflikte beschaffen sind, in die militärisch eingegriffen werden soll, um die Sicherheit der Europäischen Union zu gewährleisten, wird nicht ausgeführt. Ich frage mich daher, worin sich die erstrebte Einsatzreichweite der 60.000 Mann starken EU-Truppe (die innerhalb von 60 Tagen verlegenfähig sein soll) von 4000 km rund um das Gebiet der EU begründet ist. Ist damit etwa die Absteckung von politisch-ökonomischen Interessensphären der Union intendiert?

Die meisten Mitglieder der Arbeitsgruppe waren sich darüber einig, dass die EU mit dem 11. September 2001 einer Bedrohungslage gegenüberstehe, wie sie den bisherigen Zielen und Aufgaben der ESVP nicht zugrunde gelegt worden sei. Ohne Begründung wird in besagtem Bericht festgestellt, dass nach dem 11. September „die Bedrohung nicht mehr durch

das Risiko von Konflikten zwischen Staaten oder ethnischen Gruppen definiert ist. Sie ist vielmehr gekennzeichnet durch globale Unsicherheit infolge eher diffuser Risiken in Verbindung mit internationalen terroristischen Organisationen oder der Anwendung von Massenvernichtungswaffen, wodurch die Maßnahmen zur Konfliktbewältigung im traditionellen Sinne ausgehöhlt werden.“

Ich habe dazu erklärt, dass diese Argumentation eher das Eingeständnis enthält, dass internationaler Terrorismus nicht mit militärischen Mitteln und schon gar nicht mit einer EU-Eingreiftruppe bekämpft werden kann. Ich habe grundsätzlich in Frage gestellt, dass sich einem terroristischen Anschlag wie dem des 11. Septembers mit militärischen Mitteln begegnen lässt. Und: Ich habe die Frage aufgeworfen, wie denn eine militärische Antwort auf mit chemischen und biologischen Waffen verübte terroristische Anschläge aussehen soll; inwieweit geprüft würde, ob das Know-how für derartige vermutete Angriffe aus EU-Mitgliedstaaten stammt oder ob überhaupt geprüft wird, ob und wenn ja wie Waffenexporte aus EU-Staaten in die Hände von Terroristen gelangen können.

Ich habe erklärt, dass es aus meiner Sicht keine Notwendigkeit gibt, der EU über die Petersberg-Aufgaben hinaus weitere Aufgaben im Verteidigungsbereich zu übertragen. Vielmehr habe ich mit Blick auf den Verfassungsvertrag dafür plädiert:

1. Die Petersberg-Aufgaben sind nicht zu erweitern, sondern aus Artikel 17 Absatz 2 EU-Vertrag ist die Führung von „Kampfeinsätzen bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“ zu streichen.

2. Ein Einsatz von EU-Kampftruppen gegen „terroristische Bedrohungen“ ist abzulehnen – außerhalb und im Inneren der Union.

3. Der Auftrag der Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der ESVP ist strikt auf territoriale Landesverteidigung zu beschränken.

Darüber hinaus habe ich gefordert:

- Verzicht auf ein Abkommen EU-NATO über den Zugriff auf NATO-Interventionskapazitäten.

- Vertragliche Fixierung der strikten Anerkennung und Wahrung der Neutralität von Österreich, Finnland, Schweden und Irland.

- Aufnahme einer vertraglichen Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten auf strukturelle Nichtangriffsfähigkeit ihrer militärischen Kapazitäten.
- Vertraglich fixiertes Verbot der Herstellung, Lagerung und Anwendung von ABC-Waffen im Rahmen der ESVP.

Im Berichtsentwurf der Arbeitsgruppe Verteidigung heißt es mit Blick auf Rüstungsbeschaffung, es müssten „nicht nur Anstrengungen auf der Ebene der Verteidigungshaushalte unternommen werden, sondern auch auf der Ebene des Beschaffungswesens, um Größenvorteile zu erzielen, und auf der Ebene der Forschung und der Entwicklung im Rüstungsbereich.“ Was das konkret für die Entwicklung welcher Waffensysteme bedeutet, blieb in der gesamten Diskussion der Arbeitsgruppe völlig offen. Dennoch wird gefordert, einen Mechanismus „qualitativer und quantitativer Konvergenzziele“ für die Mitgliedstaaten einzuführen, um „die der Union zur Verfügung stehenden militärischen Fähigkeiten zu stärken.“ Vorgeschlagen wird, eine europäische Rüstungsagentur zu schaffen.

Im Gegensatz dazu habe ich vorgeschlagen, folgende Bestimmungen in den Verfassungsvertrag aufzunehmen:

1. Verfassungsrechtliche Verpflichtung zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Konversion.

2. Vertragliche Fixierung eines europäischen Pakts für degressive Militärausgaben der Mitgliedstaaten.

3. Einrichtung einer europäischen Agentur für Rüstungskontrolle.

4. Einrichtung eines europäischen Amtes für Abrüstung und Rüstungskonversion.

5. Vertragliche Festschreibung eines Europäischen Programms für Konversion und Beschäftigung und Einrichtung eines Europäischen Konversionsfonds.

Bisher ist eine demokratische Einflussnahme und Kontrolle der ESVP durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente kaum gewährleistet. Im Berichtsentwurf der Arbeitsgruppe spielt diese zentrale Frage ebenfalls nur eine Nebenrolle. Das Europäische Parlament soll lediglich durch den Rat und den Präsidenten des Europäischen Rates über weitere Entwicklungen informiert und durch den Hohen Vertreter über den Fortschritt und die Entscheidungen in diesem Bereich auf dem Laufenden gehalten werden. Zudem soll es das Recht haben, Resolutionen zu verfassen, die der Rat bei seinen Treffen berücksichtigen soll. Das bedeutet, dass dem Europäischen Parlament weder ein Kontroll- noch ein Zustimmungs- oder Mitentscheidungsrecht im Bereich der ESVP zugestanden werden soll.

Zwar wird wenigstens erwähnt, dass den nationalen Parlamenten ein permanentes Kontrollrecht ihrer Regierungen auf dem Gebiet der nationalen Verteidigungspolitik zukommt und dass in den meisten Mitgliedstaaten das nationale Parlament über den Einsatz nationaler

Streitkräfte in einer Militäroperation entscheiden muss. Dies ist meines Erachtens aus demokratischen Erwägungen jedoch nicht ausreichend. Zum einen erstreckt sich der nationale Parlamentsvorbehalt regelmäßig nur auf die Entscheidung über die Truppenentsendung. Zudem kann der Verweis auf die nationalen Parlamente nicht die Funktion des Europaparlaments entkräften. Wie in jeder parlamentarischen Demokratie muss auch in der EU die Verfassung so ausgestaltet sein, dass in grundlegenden Bereichen des Gemeinwesens keine wesentliche Entscheidung ohne oder gegen das unmittelbar legitimierte Parlament getroffen werden kann – und dies gilt auch für wesentliche Entscheidungen im Bereich der ESVP, für die die Zustimmung durch das Europäische Parlament verlangt werden muss und die der Kontrolle durch das EP zu unterwerfen sind...

Ich komme zum Schluss: Mein Ziel bleibt die Festschreibung einer alterna-

tiven, einer zivilen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer europäischen Verfassung. Dafür werde ich weiter streiten. Noch wichtiger aber ist, dafür in Zukunft gemeinsam zu streiten. Die Friedensbewegung ist vor dem Hintergrund dieser aktuellen Debatten in neuer Weise gefragt, Alternativen zu entwickeln und vor allem deutlich hörbar öffentlichkeitswirksam zu agieren. Am 20. Dezember werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Verteidigung im Konventsplenum diskutiert, ab Januar wird der Konvent daran gehen, konkrete Formulierungen für die europäische Verfassung zu erarbeiten. Da ist höchste Aufmerksamkeit, vor allem aber gezielte politische Einmischung gefordert. Ich bin mir bewusst, wie schwierig das ist. Aber: Es muss jetzt agiert werden! Die europäische Verfassung muss garantieren, dass Europa eine Friedensmacht wird!

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, PDS, ist Mitglied des Europäischen Parlament

Ethikdiskussion

Sollen Arme künftig ihre Nieren verkaufen dürfen?

„Ethics in Organ Transplantation“ lautete der Titel eines internationalen Kongresses, der vom 10. bis 14. Dezember in München stattfand.

Kurz zur Situation in der BRD: Seit Jahren stagnieren die Zahlen der von Verstorbenen erhältlichen Organe. Eine Verbesserung der Situation wäre hauptsächlich durch eine Zunahme von Spenden lebender Personen möglich. Bei diesen sogenannten „Lebendspenden“ ist außerdem der Anteil der Versager geringer, „nur“ 15 % der Nieren funktionieren nicht, bei Entnahme von Toten sind es doppelt so viele. Aber es geht nicht nur um Nieren. Auch Teile von Leber, Lunge, Bauchspeicheldrüse oder Dünndarm, die Netzhaut eines der Augen oder ein Teil des Knochenmarkes können gespendet werden. In der BRD sind Lebendspenden nur zwischen Blutsverwandten oder sich nahe stehenden Menschen zulässig, eine Bezahlung ist verboten.

Genau das ist der Punkt, den einige Transplanteure ändern möchten, und diesem Anliegen sollte auch der Kongress dienen: fast alle geladenen Redner gehörten zu den Befürwortern einer Freigabe und Kommerzialisierung des Organtransfers, zum Beispiel:

– Der Rechtsphilosoph und Organisator der Tagung Thomas Gutman aus München schlägt als Anreiz für Organspenden vor, dass der Empfänger eines Organs der Familie des Spenders einen „größeren Urlaub“ finanziert.

– Der Cheftransplanteur Christoph

Broelsch aus Essen spricht sich für Steuervorteile für Organspender aus.

– Aber es gibt noch wesentlich drastischere Äußerungen. Die britische Philosophin Janet Radcliffe-Richards fragt: „Und wenn Du so arm bist, dass Du Dein Auge verkaufen willst, tun wir Dir dann einen Gefallen, wenn dies verweigert wird und Du statt dessen an Hunger stirbst? (Montreal Mirror 23.7.1998). Eine zynische Fragestellung, aber Frau Radcliffe sieht das umgekehrt, es sei zynisch, armen Menschen diese Chance eines Gelderwerbs vorzuenthalten (Ingrid Schneider, „taz“, 13.12.2002).

– Noch einen Schritt weiter geht der britische Bioethiker John Harris. In seinem Buch entwirft er die Vorstellung, dass Computer nach dem Zufallsprinzip Menschen auswählen, die dann getötet werden, „damit mindestens zwei andere Menschen gerettet werden können“ (John Harris, Der Wert des Lebens. Eine Einführung in die medizinische Ethik, Berlin 1995, S. 304).

Alle vier zitierten Personen waren als Redner zum Kongress geladen. Ein Grundton bei den Diskussionen war: Der illegale Organhandel ist ein Faktum. Durch eine Legalisierung des sowieso stattfindenden Handels wäre eine Qualitätssicherung möglich.

Die Entnahme eines Organs ist aber für den Spender keineswegs ohne Risiko für Leben und Gesundheit. Die Todesraten betragen 0,3 Prozent für die Entnahme einer Niere. (bei mehreren Tausend Transplantationen pro Jahr bedeutet das

etliche Todesfälle unter vorher gesunden Menschen), zwischen einem und drei Prozent bei Leber – und bei Lungen sind die Komplikationen so hoch, dass eine Transplantation immer noch als experimentell bezeichnet werden muss. Auch die schon seit langem praktizierte Entnahme von Knochenmark ist ein schwerer Eingriff, mit zig Bohrungen durch die Knochen. In Indien zeigte eine Umfrage, dass sechs Jahre nach der Nierenentnahme 86% der Spender von einem verschlechterten Gesundheitszustand berichten. Über 70% der Spender sind Frauen, die zum Teil von ihren Männern dazu gedrängt worden waren. Fast immer war der Grund für den Organverkauf eine Verschuldung der Familie, aber drei Viertel von ihnen blieben trotz des Opfers verschuldet („taz“, 13.12.02).

Wenn man damit rechnet, dass eine Vergütung das Angebot von Lebendspenden erhöht, heißt das zwangsläufig, dass sich Menschen wegen des Geldes zur Hergabe eines Organs entschließen, die es sonst nicht getan hätten. Wenn sich Menschen aus finanzieller Not dazu ge-

zwungen sehen, derart schwere Eingriffe in ihre Gesundheit auf sich zunehmen, ist das mit dem demokratischen und sozialen Grundverständnis eines Staates wie dem unsrigen nicht vereinbar. Es verstößt gegen das Grundgesetz, nach dem Leben und Gesundheit als höchstes Gut gelten und jeder Mensch so versorgt werden muss, dass er in Würde leben kann.

Eine klare Ablehnung der Kommerzialisierungstendenzen kommt von der Bundesärztekammer (BÄK). In einer Presseerklärung vom 24.6.2002 schreibt der Vorstand, es sei ethisch verwerflich, wenn gesunde Menschen dazu animiert würden, aus rein finanziellen Gründen ein Organ abzugeben. Ein entsprechender Vorstoß von Herrn Broelsch in Essen wurde „auf das Schärfste“ verurteilt. Möglicherweise hat der Einstieg aber bereits stattgefunden, denn nach einem Bericht in der „Zeit“ vom 5.12.2002 hat der israelische Krankenhaus-Manager Rosenfeld festgestellt, dass in den zwei vergangenen Jahren sieben gekaufte Nieren in Essen transplantiert worden sind.

Vielleicht werden jetzt einige meinen,

dafür hätten sieben Patienten ein verbessertes Leben ohne Dialyse. Mit anderen Worten: dient das Streben nach Kommerzialisierung des Organhandels letztlich nur dem Wohl der Patienten? Dagegen sprechen andere Fakten: Ein Drittel der Fälle von Nierenversagen sind durch die Langzeiteinnahme von freiverkäuflichen Schmerzmitteln bedingt. In Schweden und Australien wurden die entsprechenden Mittel unter Rezeptpflicht gestellt, mit dem Erfolg, dass die Zahl der Dialysepatienten schon wenige Jahre später deutlich abnahm. Bei uns werden Anträge auf Rezeptpflicht dieser Medikamente seit Jahren immer wieder abgelehnt.

Auch deshalb sind bei uns so viele Menschen auf den Wartelisten für eine Niere.

Linde Peters

mail@linde-peters.de, <http://home.t-online.de/home/linde.peters/>
Ein Teil der Zitate beruht auf Recherchen von Erika Feyerabend, Essen (Bioskop – Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologien e.V.) www.bioskop-forum.de/kongress/kongress_2002.htm

Greenpeace-Kampagne

Schwarze Flecken auf weißer Weste

Der Rußausstoß von Dieselfahrzeugen kann beim Menschen Lungenkrebs verursachen. Trotzdem weigert sich die deutsche Autoindustrie, helfende Dieselrußfilter in die Autos einzubauen.

Im allgemeinen genießen Dieselfahrzeuge den Ruf, sparsamer und daher wirtschaftlicher als Fahrzeuge mit Benzinmotor zu sein. Die Umweltbilanz sieht dagegen nicht besonders rosig aus. Zwar ist die charakteristische Emission von Kohlendioxid etwas günstiger als bei Benzinern. Doch der Schein trügt: Trotz eingeschränktem Treibgasausstoß paffen Dieselautos unentwegt Ruß in die Umwelt. Laut der Umweltorganisation Greenpeace handelt es sich jährlich um etwa 9000 Tonnen dieser Partikel. Leider hat die Menge besonders kleiner Rußteilchen in den Dieselabgasen aufgrund erhöhter Neuzulassungen in den letzten Jahren sehr zugenommen. Und je kleiner die Partikel, desto tiefer dringen sie in die Lunge vor. Dort nisten sie sich in den feinen Verästelungen ein und lösen Entzündungen aus. Wegen ihrer ultrafeinen Struktur gelangen sie dann möglicherweise direkt in die Blutbahnen.

Die Folge sind Herz- und Kreislauferkrankungen und im schlimmsten Fall sogar Lungenkrebs. So stuft der Sachverständigenrat für Umweltfragen der



**Greenpeace fordert:
Rußfilter für alle Dieselautos**

Seit Jahren weigert sich die deutsche Autoindustrie, Rußpartikelfilter in ihre Dieselfahrzeuge einzubauen. Dabei ist die Technik längst vorhanden. Greenpeace hat einen gebrauchten Mercedes mit einem Serien-Rußfilter nachrücken lassen. Damit zeigen wir, dass man mit einer einfachen Lösung den Dieselruß drastisch reduzieren und die Menschen vor Dieselkrebs schützen kann. Weitere Infos unter www.dieselkrebs.de

**Diesel macht Krebs.
Die Autoindustrie macht mit.**

GREENPEACE

Bundesregierung im Umweltgutachten vom Juli 2002 „Partikel, deren wichtigste Quelle Kfz mit Dieselmotor sind, als das derzeit wichtigste Problem der Luftverschmutzung“ ein. Zwar fehlte lange der Beweis, dass Rußpartikel beim Menschen Krebs auslösen könnten. Mittlerweile ist die kanzerogene Wirkung dieser Teilchen so gut wie anerkannt. Umso erstaunlicher, dass bisher nur die französischen Automarken Citroën und Peugeot, die zum Mutterkonzern PSA gehören, ihre Kraftfahrzeuge seit zwei Jahren mit spe-

ziellen Dieselrußfiltern ausstatten, die die gefährlichen Partikel zum größten Teil herausfiltern.

Deutsche Automobilhersteller wie beispielsweise Daimler-Chrysler weigern sich weiterhin beharrlich, diesen Filter einzubauen. „Eine Nachrüstung aller im Verkehr befindlichen Diesel-PKW (führt) zu Mehrverbrauch und höheren Kohlenstoffdioxid-Emissionen“, beurteilt der Konzern aus Stuttgart die Situation. Dabei verweist der Autohersteller auf bessere Reinigungssysteme, die in Zukunft verwendet werden könnten und die zukünftige europäische Norm EU 4 erfüllen würden. Allerdings gibt Daimler-Chrysler zu: „Leider können wir noch keinen Termin angeben, ab dem wir derartige Fahrzeuge anbieten können.“

Gunter Zimmermeyer, Geschäftsführer des Verbands der Automobilindus-

trie (VDA), kritisiert den Dieselrußfilter gar als nicht regenerierbar und macht ihn für einen erhöhten Verbrauch an Kraftstoff verantwortlich. „Daher arbeiten wir an weiteren Lösungen wie dem schwefelfreien Dieselkraftstoff und einem regenerierbaren Filter, der nicht nach 80000 Kilometern erneuert werden muss.“

„Anstatt die bereits vorhandene Filtertechnik zu nutzen, versprechen die Autokonzerne andere Lösungen für morgen. Aber das Problem Dieselruß muss heute gelöst werden“, setzt Matthias

Lange, Pressesprecher der Greenpeace-Gruppe Oldenburg, dagegen. Es sei doch eigentlich kein Problem, neue Fahrzeuge mit dem Filter auszustatten. Auch sei es technisch ohne größere Schwierigkeiten möglich, so Greenpeace, ältere Modelle nachzurüsten. „Es ist keine neue Technologie, sondern sie existiert bereits“, ergänzt Kai Britt von Greenpeace Hamburg. „Das Hauptproblem liegt nicht bei den Patenten, da Lizenzgebühren bezahlt werden.“ Die Hürde sei eher, so Britt, dass die Unternehmen die Kosten für den Einbau der Dieselrußfilter scheuen.

Welche Technologie liegt zugrunde? Damit die Rußpartikel nicht in die Umwelt geblasen werden, müssen sie durch einen Keramikfilter zurückgehalten werden. Damit dieser frei und funktionsstüchtig bleibt, werden die Teilchen verbrannt. Dafür ist allerdings eine Temperatur von 600 Grad Celsius nötig. Da dieser Wärmegrad nur bei Vollgas erreicht ist, wird ein Verfahren angewandt, das die Abgastemperatur erhöht und die Verbrennungstemperatur der Rußpartikel senkt. Damit die Abgase heißer werden, wird die Motorsteuerung entsprechend verändert und dadurch für eine gezielte Nacheinspritzung gesorgt. Um andererseits die Entzündungstemperatur zu senken, wird dem Diesekraftstoff ein so genanntes Additiv beigemischt. Diese Eisen-Sauerstoff-Verbindung löst eine zusätzliche chemische Reaktion aus und verringert die Verbrennungstemperatur der Rußpartikel auf zirka 450 Grad.

Laut Greenpeace schätzen Industriexperten die zusätzlichen Einkaufskosten für die Autohersteller auf etwa 150 Euro pro Fahrzeug. Sollte ein älteres Dieselauto nachgerüstet werden, müssten

dann 1000 Euro aufgewendet werden. Aber in Abhängigkeit von der Stückzahl ließen sich die Kosten, so die Umweltorganisation, verringern.

Schließlich gelang es den Umweltschützern, das Argument der deutschen Automobilhersteller, eine Nachrüstung würde nichts bringen, zu entkräften: Zusammen mit dem Rheinisch-Westfälischen TÜV aus Essen rüstete Greenpeace einen gebrauchten Mercedes C 220 in Oldenburg mit einem solchen Filter nach. Durch einen einfachen Papiertest wird der Unterschied zu einem herkömmlichen Mercedes-Modell sichtbar: Im Fall des Autos ohne Filter zeigt das Testpapier eine deutlich schwarze Färbung, während es beim Mercedes mit Filter weiß bleibt. Somit bekommt die scheinbar weiße Weste der Autokonzerne erstmals einen sichtbaren schwarzen Fleck.

Und die Allianz der Filterbefürworter wächst: Selbst der Allgemeine Deutsche Automobilclub (ADAC) hat sich auf die Seite von Greenpeace geschlagen. „Es gibt keine vergleichbare bessere Technik. Rußfilter gehören in jeden Diesel“, bestätigt ADAC-Sprecher Maximilian Maurer aus München. Ein Langzeittest – zusammen mit dem Umweltbundesamt (UBA) organisiert – hatte gezeigt, dass der Filter nach 80000 gefahrenen Kilometern nichts von seiner Qualität eingebüßt hat. Das Ziel des ADAC sei es, so Maurer weiter, jegliche schädliche Partikel aus dem Abgas zu entfernen.

Welche Zukunftsaussicht hat der Rußfilter? Der Sprecher des ADAC ist überzeugt: „In dem Moment, wo wir eine steuerliche Förderung für den Filter bekommen, können die Autohersteller nicht mehr anders.“ Kai Britt von Greenpeace

Hamburg sieht noch weitere Vorteile: „Werden sie serienmäßig eingebaut, entstehen neue Arbeitsplätze“. Tatsächlich könnten dadurch die kleineren Zulieferbetriebe wie beispielsweise HJS in Minden mehr Mitarbeiter einstellen, was dem ramponierten Arbeitsmarkt gut tun würde.

Daher fordert Greenpeace von der deutschen Automobilindustrie, alle neuen Dieselfahrzeuge mit diesem Filter auszustatten und die entsprechende Nachrüstung alter Modelle vorzubereiten. Von der Bundesregierung erwartet die internationale Umweltorganisation ein Gesetz, das vorschreibt, alle neu zugelassenen Dieselfahrzeuge mit einem Rußfilter oder einer vergleichbaren Technologie auszurüsten. In Zeiten, in denen Europa mehr und mehr zusammenwächst, solle die deutsche Regierung, so die Umweltschützer weiter, bei der EU einen Antrag zur Änderung der Europanorm EU 4 einreichen: Der bisher gültige Normwert von 0,0025 Gramm Ruß pro gefahrenem Kilometer solle auf 0,001 herabgesetzt werden.

Vielleicht empfiehlt sich den großen Automobilkonzernen ein Blick auf die weltweite Zigarettenindustrie. Zwar genießen die Hersteller der Glimmstengel sicherlich keine Vorbildfunktion. Trotzdem gibt es seit Jahrzehnten Zigaretten mit Filter. Und was für Camel und Marlboro möglich ist, sollte doch im übertragenen Sinne auch für Mercedes, Ford und Volkswagen machbar sein. Dies trifft besonders für die Hersteller von Lastkraftwagen und Sattelschlepperzügen zu. Denn diese Fahrzeuge machen einen Großteil des Straßenverkehrs aus.

Joachim Eiding, München

Buchvorstellung

Jugendwiderstand im Krieg. Die Helmuth-Hübener-Gruppe 1941/1942

Im Februar 1942 – vor 60 Jahren – wurde die Widerstandsgruppe von Helmuth Hübener in Hamburg verhaftet. Im August 1942 fand die Verhandlung gegen sie vor dem Volksgerichtshof statt. Am 27. Oktober 1942, um 20.13 Uhr, starb Helmuth Hübener „ruhig und gefasst“, wie die Vollstreckungsbeamten in ihrem Bericht betonten, in der Richtstätte Berlin-Plötzensee unter dem Fallbeil. Er war der jüngste vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilte und in Plötzensee hingerichtete Antifaschist.

„Was Hitler macht, ist unchristlich“

Leicht moralisierend, aber gründlich und faktenreich: Ulrich Sander editierte diese erste Studie im deutschsprachigen Raum über den Widerstand des 1942 in Plötzensee von der Gestapo hingerichteten Hamburgers Helmuth Hübener.

Hübener ist eine literarische Figur in Günter Grass' *Panorama* geworden. Ein Jugendzentrum und eine Straße in Hamburg sind nach ihm benannt. Eine Gedenktafel in der Sozialbehörde soll ebenso zum Erinnern anregen. Dennoch ist das Schicksal Helmuth Hübener im Nationalsozialismus fast vergessen. Am 27. Oktober 1942 wurde der Hamburger Verwaltungslehrling in Berlin Plötzensee hingerichtet. Der Volksgerichtshof hatte den 17-Jährigen wegen Hochverrats zum Tode verurteilt.

All dies möchte Ulrich Sander mit seiner Veröffentlichung über die Widerstandsgruppe Helmuth Hübener vergewissern. Seit 1960 befasst sich der Journalist immer wieder mit Hübener sowie mit dessen Freunden Rudolf Wobbe, Karl-Heinz Schnibbe und Gerhard Düwer. Er recherchierte in Archiven nach verschollenen Dokumenten und interviewte die wenigen noch lebenden Zeitzeugen, um die erste historische Studie über die Widerstandsgruppe im deutschsprachigen Raum vorlegen zu können.

Denn während der Großteil der deutschen Bevölkerung noch vom „Endsieg“ träumte, verstörten Hübener konkrete Alltagserfahrungen: Der Drill der Hitler-Jugend (HJ), die Ausgrenzung der jüdischen Mitmenschen und das Wegsehen der Erwachsenen. Statt sich in die Volksgemeinschaft einzureihen, begannen sich die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren zu widersetzen. Aus dem Gefühl heraus, dass „Hitler unchristlich handelt“, hörte Hübener heimlich die deutschsprachigen



Bibliothek des Widerstandes

chigen Nachrichtensendungen des BBC. Zusammen mit Schnibbe und Wobbe verfasste er aus diesen Informationen Flugblätter, in denen sie über den tatsächlichen Kriegsverlauf und Misshandlungen in der HJ berichteten und zum Widerstand aufriefen.

Erst später gewann Hübener seinen Ausbildungskollegen Düwer aus der Sozialbehörde für die Verteilung der Pamphlete. Über 60 Flugschriften konnten sie in einem halben Jahr veröffentlichen, bis sie von Heinrich Mohn denunziert wurden. Die Gestapo verhaftete sie; er wurde gefoltert. Man konnte sich nicht vorstellen, dass ein 17-Jähriger ohne Hilfe von „Hintermännern“ handelte. „Seiner Standhaftigkeit verdanke ich mein Leben“, erzählt Schnibbe, „er nahm alles auf sich“. Der Volksgerichtshof verurteilte dann auch nur Hübener zum Tode. Die Freunde erhielten langjährige Haftstrafen. „Ich bin jetzt dran, aber ihr kommt auch noch dran“, sagte Hübener nach dem Urteil. Er irrte sich: Die Richter wurden nie belangt. Den Denunzianten sprach der Bundesgerichtshof 1953 frei, da er nach geltendem Recht gehandelt habe. Neben der Beschreibung der Aktivitäten der Gruppe dokumentiert Sander die Flugschriften, Verhör- und Gerichtsprotokolle. Alleine der etwas moralische Tenor des Textes stört ein wenig.

(aus *Antifaschistische Nachrichten, Rezension in der taz, Andreas Speit*)

Ulrich Sander: *Jugendwiderstand im Krieg. Die Helmuth Hübener-Gruppe*. Ca. 200 S., ca. 20 Abb., gebunden, 14,90 Euro, Pahl-Rugenstein ISBN 3-89144-336-6

Buchvorstellung

Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa

Thomas Sandkühler (Hg.): *Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920–1960. Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus* Band 18 Göttingen 2002 (Wallstein Verlag), 20 Euro

Die deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Osteuropa zeigt, je näher die Erweiterung der Europäischen Union rückt, immer deutlicher ihre hässlichen Züge. Das Jahr 2002 ist in dieser Hinsicht recht aufschlussreich gewesen. Die wirtschaftliche Macht Deutschlands jenseits

von Oder, Neiße und Erzgebirge ist inzwischen so stark, dass die deutschen Staatsapparate in diesem Frühjahr dazu übergehen konnten, zur offenen Unterwerfung Polens, Tschechiens und anderer Staaten aufzurufen. Markanter Höhepunkt dieser Kampagne war die allseits erhobene Forderung, die „Benes“, „Bierut“- und andere „Dekrete“ aufzuheben; es wäre wohl naiv zu glauben, die Erweiterung der EU nach Osten brächte derlei Interventionen zum Stillstand.

Nicht der Osten, sondern der Westen steht im Mittelpunkt des 18. Bandes der „Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus“. „Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920–1960“ lautet der Untertitel des Buches, das die „Europäische Integration“ (so der Titel), insbesondere die Wirtschaftsintegration und speziell deren Kontinuitäten zurück in den nationalsozialistischen „Großwirtschaftsraum“ beleuchtet. Unter der „Herrschaft des Dritten Reiches“, so die HerausgeberInnen, wurden „Strukturen der europäischen Wirtschaftsintegration geschaffen (...), die Kontinuitäten oder Ähnlichkeiten zur Nachkriegszeit aufweisen“.

In mehreren Aufsätzen wird diese These anhand verschiedener Beispiele belegt – anhand der Währungspläne für den europäischen „Großraum“, anhand der Freiburger Schule des Ordoliberalismus, der Einbindung der lothringischen Schwerindustrie und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Die „braunen Wurzeln“ der EGKS, die insbesondere in einem Aufsatz der französischen Historikerin Annie Lacroix-Riz erkennbar werden, sind tatsächlich „für die Gesamtinterpretation der europäischen Nachkriegsintegration folgenreich“.

Lacroix-Riz zeichnet eindrucksvoll die Entwicklung der eng miteinander verbundenen deutschen und französischen Schwer- und Chemieindustrien seit den 1920er Jahren nach.

Schon rasch nach dem Ersten Weltkrieg, so die Pariser Professorin, habe sich die Dominanz der deutschen Industrien durchsetzen können, auch gegenüber der lothringischen Schwerindustrie, die ja nun zu Frankreich gehörte. Dieses Verhältnis habe sich seitdem nicht mehr grundlegend geändert – nicht 1940, als unter der deutschen Okkupation die französische Wirtschaftskollaboration begann, auch nicht in der EGKS, die von der französischen Industrie, aber auch von den Vereinigten Staaten gewünscht wurde. „Statt seine Handlungsspielräume offensiv auszunutzen“, schreibt Lacroix-Riz, „gab Frankreich unter dem zweifachen Druck der Vereinigten Staaten und der wirtschaftlichen Akteure nach, fügte sich in seine angebliche Inferiorität und unterstellt sich dem Plan eines von Deutschland dominierten Europas.“

Jörg Kronauer, *Antifaschistische Nachrichten*

2. bis 5. Januar, Sondershausen: Linke Winterschule. Kurs Wirtschaft: Über Bauwirtschaft und Wohnungswesen. Kurs Philosophie: Ästhetik; Kurs Geschichte: Der 17. Juni 1953 – Volksaufstand oder Arbeitererhebung? Ausführliche Beschreibung der Kurse in den PB 25/02. Ort: Sondershausen, Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99706 Sondershausen. Telefon (0 36 32) 78 22 59. Nachtrag: Preise für Unterkunft und Verpflegung: Die Übernachtung kostet im Gästebereich pro Tag 21 /16 /Einzelz./Doppelzimmer, im Herbergsbereich 15/13 . Die Verpflegung bei Eisseneinnahme Donnerstag Mittag bis Sonntag früh einschl. Kaffeemahlzeit 50,70 , von Do Abend bis So früh 45,50 , bei Einnahme Einzelverpflegung pro Mahlzeit 5,20 , pro Kaffeemahlzeit 1,60 . Anmeldung: möglichst bald und verbindlich bei: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

2. Januar, Sondershausen (Achtung, geänderter Termin): Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS. Vorschlag für eine Tagesordnung: 1. Aussprache über die Lage (in) der PDS nach den Bundestagswahlen und dem Geraer Parteitag. 2. Die Programmdiskussion der PDS. Systemkritik – Reformpolitik – Was leistet die Forderung nach Freiheitsgütern. Referent: Lutz Brangsch, Rosa-Luxemburg-Stiftung. 3. Sommerschule 2003. 4. Verschiedenes. Beginn 19.00 Uhr, Sondershausen, Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27

18. Januar, Washington, USA: landesweite *Antikriegs-Demonstration* der US-Friedensbewegung

Mitte Januar, Berlin: Der Nationale Ethikrat plant zur Vorbereitung einer Bundestagsentscheidung eine *Empfehlung zum Thema Präimplantationsdiagnostik*

23.-28. Januar, Porto Alegre, Brasilien: *Eine andere Welt – eine andere Bewegung.* 3. Weltsozialforum, mit zahlreichen Konferenzen, Seminaren, Diskussionen, entlang folgender Achsen: Demokratische und nachhaltige Entwicklung, Prinzipien und Werte, Menschenrechte, Vielfalt und Gleichheit, Medien, Kultur und Gegen-Hegemonie, Politmacht, Zivilgesellschaft und Demokratie, Demokratische Weltordnung, Kampf gegen Krieg und für Frieden. Infos: porto2003.org weltsozialforum.org/ 2003/

2. Februar 2003: *Landtagswahl in Niedersachsen und Hessen*

2. Februar, Fulda: Sitzung des Arbeitsausschusses des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

7.-9. Februar 2003, München: *NATO- „Wehrkundetagung“ und Protestaktionen*

15. Februar, Berlin: Bundesweite *Großkundgebung der Friedensbewegung gegen den drohenden Irak-Krieg*

21. / 22. Februar, Frankfurt: *Flächentarifvertrag – Verbetrieblichung & Vermarktlichung.* Freitag 17.00-21.00 Uhr, Samstag 9.00-16.00 Uhr. Konferenz von WISSENTransfer in Zusammenarbeit mit dem Funktionsbereich Tarifpolitik der IG Metall. Es geht um eine der möglicherweise entscheidenden Weichenstellungen auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im Herbst 2003. Themen und ReferentInnen (angefragt): Betriebsnahe Gewerkschaftspolitik gestern und heute (O. Negr, J. Bergmann); Differenzierung und Zweistufigkeit des Flächentarifvertrages (J. Peters); Tarifsysteme in Europa (T. Schulten); Podiumsdiskussion über ökonomische, arbeitspolitische, arbeitsrechtliche und gewerkschaftsstrategische Aspekte: K.G. Zinn (RWTH Aachen), D. Sauer (ISF-München), U. Zachert (HWP-HH), R. Bispinck (WSI) und H. Wagner (IGM-Vorstandsvorwaltung). Infos/Anmeldung: WISSENTransfer (Wissenschaftliche Vereinigung für Kapitalismusanalyse und Gesellschaftspolitik), c/o Richard Detje, Lange Koppel 120, 22926 Ahrensburg, Tel. 0172/4347575, buero@wissentransfer.info www.wissentransfer.info www.WISSENTransfer.info Büro WISSENTransfer

2. März 2003: *Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein*

28.-30. März, Frankfurt: *IPPNW-Mitgliederversammlung*, Frankfurter Bürgertreff Gutleut. Kontakt: IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/6930244, Fax: 030/6938166. E-Mail: ippnw@ippnw.de Internet: <http://www.ippnw.de>

26./27. April, Fulda: *Jahresversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften*

1.-3. Juni 2003, Evian: *G7/G8 Gipfel in Evian, Frankreich*

Wir sind ein Projekt des UJZ Kornstrasse in Hannover, dem ältesten unabhängigen Jugendzentrum der BRD. Gemeinsam mit MitarbeiterInnen aus anderen Jugendzentren organisieren wir vom 21.-23. März den Kongress „rock gegen rechts!?!“ Die zunehmende Bedeutung von Kultur und Musik für die Verbreitung rechtsradikaler und neofaschistischer Inhalte erfordert eine breite und öffentliche Diskussion. Die Themenblöcke

- *Ist Rock gegen Rechts?*
- *Rechtsrock und rechte Tendenzen in Subkulturen*
- *Musik- und Kulturinitiativen gegen rechts*

wollen wir auf dem Kongress zusammen mit KulturwissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, VeranstalterInnen und Basisinitiativen erörtern.

Projekt: „rock gegen rechts!?!“ Dirk Wittenberg
Verein zur Förderung politischer Jugendkulturen e.V.
Kornstrasse 28 – 30,
30167 Hannover
Tel: 0511-715032, Fax: 0511-1616711



der
kongress

rock gegen rechts!??!

www.ujz-korn.de\rgr

21.-23.03.03 hannover-pavillon